

Wöchentlich 65 Pf., monatlich 3,60 M.  
in vorwärts zahlbar, halbjährlich 18,00 M.,  
jährlich 36,00 M. (Postums 40% und  
72 Pf. Postbefreiung). Ausland-  
abonnement 6,- M. pro Monat; für  
Länder mit ermäßigtem Druckschen-  
porto 5,- M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-  
lich zweimal, Sonntags und Feiertags  
einmal, die Abendausgabe für Berlin  
und im Handel mit dem Titel „Der  
Abend“. Illustrierte Beilage „Welt  
und Zeit“, „Jugend“, „Frauenstimme“,  
„Lied“, „Bild in die Weite“,  
„Jugend-Vorwärts“, „Stadtblatt“.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

Dienstag  
7. Juli 1931

Groß-Berlin 10 Pf.  
Auswärts 15 Pf.

Die einpalt. Kompositionen 60 Pf.  
Kleinanzeigen 2,- M. „Kleine An-  
zeigen“ des jetzgedruckten Wort 25 Pf.  
täglich zwei jetzgedruckte Worte, jedes  
weitere Wort 12 Pf. Rabatt 10% für  
Stellenangebote das erste Wort 15 Pf.,  
jedes weitere Wort 10 Pf. Worte über  
15 Buchstaben zählen für zwei Worte,  
Arbeitsmarkt Seite 60 Pf. Familien-  
anzeigen Seite 40 Pf. Anzeigenannahme  
im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochen-  
täglich von 8½ bis 17 Uhr.  
Der Verlag behält sich das Recht der  
Abkürzung nicht genehmiger Anzeigen vor!

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3  
Fernspr.: Köhnhoff (A 7) 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und  
Beamten, Lindenstr. 3, Dt. P. u. Disz.-Ges., Depositenk., Jerusalemstr. 63/65.

# Endlich Einigung!

## Aus Washington und Paris gemeldet.

New York, 6. Juli.

„Associated Press“ meldet aus Washington, daß end-  
gültig eine französisch-amerikanische Verständigung  
zustande gekommen sei. Nähere Meldungen stehen  
noch aus.

Paris, 6. Juli.

Die französischen und die amerikanischen Unter-  
händler haben sich über die Anwendung des Hoover'schen  
Planes geeinigt.

### Der Inhalt des Abkommens.

Paris, 6. Juli. (Eigenbericht.)

Die französisch-amerikanischen Verhandlungen über den Hoover-  
schen Vorschlag sind heute abend, kurz nach 22½ Uhr, auf der  
Grundlage des von der französischen Regierung vorgeschlagenen und  
von der amerikanischen Regierung angenommenen Entwurfes ab-  
geschlossen worden. Ministerpräsident Laval verlas nach der Be-  
ratung folgendes Kommuniqué:

„Die amerikanischen Unterhändler haben bei Wiederaufnahme  
der Besprechung die Zustimmung ihrer Regierung zu dem fran-  
zösischen Abkommensentwurf überbracht. Sie haben mitgeteilt, daß  
Präsident Hoover erklärt habe, das heute abgeschlossene Ab-  
kommen

komme dem Geiste des amerikanischen Vorschlages entgegen;  
es bleibe natürlich der Billigung der übrigen interessierten Par-  
teien unterworfen, in deren Namen er keine Verpflichtung über-  
nehmen könne.

Mellon und Edge haben darauf im Namen des Präsidenten  
Hoover und in ihrem eigenen Namen ihrer aufrichtigen Dank-  
barkeit gegenüber der französischen Regierung für die von ihr  
vorbroughte edelmütige Anstrengung zugunsten der wirtschaftlichen  
Wiederherstellung der Welt Ausdruck gegeben. Ministerpräsident  
Laval hat den amerikanischen Unterhändlern für ihre aktive Mit-  
arbeit und ihren Unternehmungsgestalt gedankt, er hat den Wunsch  
ausgedrückt, daß die Initiative des Präsidenten Hoover die Ziele  
erreiche, die sie sich gesetzt hat.“

Der Text des Abkommensentwurfes  
lautet folgendermaßen:

Nach den vorgenommenen Meinungsaustauschen stellt die fran-  
zösische Regierung fest, daß sie mit der Regierung der Vereinigten  
Staaten über den wesentlichen Grundsatz des Hoover'schen  
Vorschlages und über die folgenden Bestimmungen überein-  
stimmt:

1. Die Zahlung der Regierungsschulden wird vom 1. Juli 1931  
bis 30. Juni 1932 aufgeschoben.
2. Die Reichsregierung zahlt jedoch den Betrag der un-  
geschützten Annuitäten, aber die französische Regierung erklärt  
sich, was sie betrifft, damit einverstanden, daß die vom Reich ge-  
leisteten Zahlungen von der B.Z. in Garantiebonds der  
Reichseisenbahngesellschaften angelegt werden.
3. Alle aufgeschobenen Zahlungen werden unter den von der  
amerikanischen Regierung angeregten Bedingungen verzinst und in  
zehn Jahresraten vom 1. Juli 1933 ab amortisiert.
4. Dieselben Bedingungen werden auf die von der  
Reichseisenbahngesellschaft ausgegebenen Bonds angewandt.

Ueber drei Punkte gibt die französische Regierung folgende  
Erklärungen ab:

- a) Eine gemeinsame Aktion der wichtigsten zentralen  
Notenbanken soll durch Vermittlung der B.Z. zugunsten jener  
europäischen Länder organisiert werden, die durch die vorgeschlagene  
Aufhebung der Zahlungen besonders in Mitleidenschaft gezogen  
werden.
- b) Eine vorherige Vereinbarung soll zwischen Frankreich und  
der B.Z. darüber getroffen werden, daß Frankreich den im Falle  
eines Moratoriums des Young-Planes vorgesehene Garantiefonds  
nur durch monatliche Zahlungen ausfüllt, die den Be-  
dürfnissen der B.Z. auf Grund der tatsächlich von Deutschland  
transferierten Zahlungen entsprechen.
- c) Die Sachlieferungsfrage und die verschiedenen tech-  
nischen Maßnahmen, die durch die Anwendung des amerikanischen  
Vorschlages und des vorliegenden Abkommens notwendig werden,  
sollen von einem Ausschuss von Sachverständigen geprüft  
werden, die von den interessierten Regierungen bestimmt werden  
und die die tatsächlichen Notwendigkeiten mit dem Geiste des  
Hoover'schen Vorschlages in Einklang bringen müssen.

Frankreich behält sich das Recht vor, von der deutschen Regie-  
rung die unerläßlichen Zusicherungen bezüglich der Ver-  
wendung des ihr zur Verfügung gestellten Kredits zu ausschließlich  
wirtschaftlichen Zwecken zu verlangen.

ein Ordnungsdienst tätig, dem 30 Studenten und einige Universitäts-  
beamte angehören. Das Rektorat hat allerdings mit diesem Ord-  
nungsdienst den Bock zum Gärtner gemacht, denn er  
besteht im wesentlichen aus Nazistudenten und gerade aus  
jenen, die bei dem Skandal am Dienstag sich als die ärgsten Schreier  
herausgelassen haben. Selbst der berüchtigte Führer des Nazistudenten-  
bundes, Neefe, tritt nun als Ordnungsmann mit einer gelben Arm-  
binde auf. Die Vorlesungen des Professors Kawiajka verliefen  
am Montag ungestört. Gegen ihn richtet sich neuerdings eine Inter-  
pellation der Haltenkreuzfraktion des Landtages, die auch von den  
Deutschnationalen mit unterschrieben ist.

### SS-Reichsführerschule verboten.

#### Abgelehnt bei verbotswidriger Übung.

München, 6. Juli.

Nach einer Meldung der „Münchener Post“ wurde auf  
dem Gelände der ehemaligen Orbis-Film A.-G. in Neu-Grünwald  
die Reichsführerschule der nationalsozialistischen SS, bei einer ver-  
botswidrigen Übung in Uniform von der Gendarmarie festgestellt  
und aufgelöst.

### Spaniens Verfassungsentwurf.

#### Völlige Gleichstellung der Frau / Freier Volksschulunterricht.

Madrid, 6. Juli. (Eigenbericht.)

Die neue spanische Verfassung, deren Entwurf jetzt  
fertiggestellt ist, sieht vor: Einheitsstaat mit der Möglichkeit  
provinzieller Autonomie, Zweikammer-System, Präsidenten-  
wahl durch das Parlament, Dauer des Präsidentenmandats  
6 Jahre, Verantwortlichkeit des Präsidenten der Republik vor dem  
Kongress, vollkommene Religions- und Kultusfreiheit, Ab-  
schaffung der Adelstitel, Gleichstellung der Frau, die wählen  
und gewählt werden und öffentliche Ämter bekleiden kann, obliga-  
torischer und unentgeltlicher Volksschulunterricht, Möglichkeit  
der Enteignung von Grund und Boden im Staats-  
interesse.

## Stalin lernt um.

### Zum Gaudium der kapitalistischen Presse.

Auf einer vor kurzem abgehaltenen Konferenz der sowjet-  
russischen Wirtschaftsführer hat Stalin eine programmatische  
Rede über die neuen Aufgaben des Wirtschaftsaufbaues in der  
Sowjetunion gehalten, er hat dabei in einer Anzahl von  
Punkten neue Methoden der Führung angeordnet. Zum Teil  
sind diese neuen Methoden schon vorher eingeleitet worden,  
ihre Zusammenfassung aber wirkt wie eine programmatische  
Revision des Stalin-Kurses, und zwar deshalb, weil vieles  
von dem, was bisher die Sowjetpropaganda beherrscht hat,  
und damit auch die kommunistische Propaganda in Deutsch-  
land, zum alten Eisen geworfen wird. Im wesentlichen er-  
streckt sich die Revision auf folgende Punkte:

- Einstellung der Hege gegen die Spezialisten.
- Abschwächung des Interventionsgeschreis.
- Umwandlung der Wirtschaftsführer zu tatsächlichen  
Betriebsleitern.
- Abkündigung der Fünftageswoche.
- Anerkennung des Prinzips des differenzierten Ar-  
beitslohns.
- Senkung der Selbstkosten der Industrie.

Diese Revision enthält das Eingeständnis, daß mit den  
bisherigen Methoden der Fünfjahresplan gefährdet ist. Sie  
ist ein neues Experiment, um das noch größere Experiment  
des Fünfjahresplans aufrechterhalten zu können. An der  
grundlegenden Tendenz des Fünfjahresplans, dem Aufbau  
einer Produktionsmittelindustrie durch die Selbstfinanzierung  
auf Kosten der Arbeiter und Bauern ändert sich nichts, wohl  
aber wesentliches an dem, was bisher die Mittel dieses Kurles  
waren.

Die Abbremsung der Hege gegen die Spezia-  
listen ist aus der Not geboren. Nach den Worten Stalins  
braucht man gegenwärtig doppelt bis fünfmal sovjet  
Ingenieure, technisches Personal und leitende Kräfte. Man  
braucht dazu die Intelligenz der alten Bourgeoisie. Da aber  
der bisherige Kurs Stalins sie als „Schädlinge“, als „Ver-  
schwörer“, als „Interventionisten“ gebrandmarkt hat, und  
dazu den kapitalistischen Interventionismus als akute Gefahr  
hingestellt hat, muß die Kriegspolizei und die Schädlinge-  
jagd beseitigt werden. Also erklärt Stalin, die Intelligenz  
der alten Bourgeoisie habe sich inzwischen bekehrt, sie habe  
einen Gesinnungsumschwung gezeigt, und man müsse also das  
politische Verhalten ihr gegenüber ändern. Er führte aus:

„Was die Interventionshoffnungen der Intelligenz  
der Bourgeoisie anbetreffe, müsse man eingestehen, daß sie sich  
einstweilen als ein auf Sand erbautes Haus  
erwiesen hätten.“

Es wird also einstweilen noch nicht der unmittelbar  
bevorstehende Interventionskrieg an die Wand gemalt. Es  
werden einstweilen keine Professoren und Ingenieure mehr  
mit Kugelförmigen Erfindungen prozessiert und erschossen.  
Einstweilen — das sagt, daß Stalin keinen Frieden mit  
der alten Intelligenz schließt, es sagt nur, daß er sie braucht.

Die diktatorische Betrübsstellung entspricht  
den Methoden, die bereits seit einiger Zeit eingeleitet sind.  
Die Abschaffung der Fünftageswoche gesteht das Fiasko  
eines tollen Experiments ein, bei dem ausprobiert wurde, wie-  
weit unter dem Druck eines terroristischen Regimes der Mensch  
zum reinen Werkzeug erniedrigt werden kann. Die Rückkehr  
zur Sechstageswoche und zum gemeinsamen Sonntag zeigt,  
daß eine derartige Bergewaltigung nicht einmal am russischen  
Arbeiter unter der Krone Stalins möglich ist. Das kommuni-  
stische Propagandageschrei über diesen Punkt wird wohl nun  
verstummen.

Der wichtigste Punkt aber ist die Abkehr von der Lohn-  
gleichheit und die Rückkehr zum differenzierten Arbeitslohn.

„Der Gleichstellung der Arbeitslosen, der ge-  
lernten und ungelerten Arbeiter müsse ent-  
scheiden ein Ende bereitet werden. Marx und Lenin  
hätten gesagt, daß ein Unterschied zwischen gelehrter und ungelerner  
Arbeit sogar beim Sozialismus selbst nach Beseitigung der Klassen  
bestehen werde und daß nur beim Kommunismus dieser Unterschied  
verschwinden müsse, und daß angesichts dieser Tatsache der Ar-  
beitslohn beim Sozialismus nach der Leistung  
und nicht nach den Bedürfnissen ausgezahlt werden müsse. In  
jedem Industriezweig und in jedem Betriebe seien führende  
qualifizierte Arbeitergruppen vorhanden, die an die  
Produktion nur dadurch gebunden würden, daß sie mit Hilfe von  
Arbeitsorganisationen, die den Arbeitern die notwendige Quali-  
fikation gäbe, in eine höhere Lohnklasse aufzuden,

## Ruhe in München.

### Sitter will klagen. — Universität arbeitet wieder.

München, 6. Juli. (Eigenbericht.)

Seit Montag sind vor dem Hitler-Palais die Verhältnisse  
wieder normal. Der Verkehr ist zwar noch etwas lebhafter als sonst,  
doch scheint Hitler die Demonstrationen seiner jugendlichen Randys,  
die seit fünf Tagen die Bummelle der Stadt in Unruhe gehalten  
haben, abgelehnt zu haben. Die uniformierten Posten sind  
verschwinden, dafür patrouilliert auf den Gehsteigen da und dort  
ein polizeilicher Doppelposten.

In einem Aufruf Hitlers, den er in seinem Organ veröffent-  
licht, wird mitgeteilt, daß zur Feststellung der Rechts-  
widrigkeit der polizeilichen Maßnahmen, insbesondere des  
Postenstehens auf parteieigenem Grund, eine gerichtliche Ent-  
scheidung grundsätzlicher Art herbeigeführt werden soll. Zu  
diesem Zweck hat sich Hitler von dem nationalsozialistischen Göttinger  
Rechtsanwalt Lütgebrune, der 1924 im Hitler-Bußschloß Luden-  
dorf verteidigte, ein Gutachten anfertigen lassen. Lütgebrune ist  
so rasch im Braunen Hause in München eingetroffen, daß er zum  
Teil nach Zeuge der polizeilichen Aktion gemessen ist.

Einen heiteren Beigeschmack hat die Anzeige von S.A.-  
Führern, die bei der Säuberungsaktion am Sonnabend ver-  
haftet und für einige Stunden im Polizeipräsidium festgehalten  
worden sind. Diese haben gegen den Polizeipräsidenten Strafan-  
zeige wegen Freiheitsberaubung gestellt. Präsident Koch scheint sich  
aber nicht einschüchtern zu lassen, denn er hat neuerdings zwei  
Berammlungen Hitlers verboten, die am Mittwoch im  
Zirkus Krone und in einem Bierkeller stattfinden sollten. Einigen  
Eindruck scheint es auf die Haltenkreuzheger auch gemacht zu haben,  
daß einer von den am Sonnabend verhafteten Randys von dem  
Schneidreiter bereits mit 6 Monaten Gefängnis bestraft  
worden ist.

Nach an der Universität, die am Montag vormittag  
wieder geöffnet wurde, scheint zunächst Beruhigung eingetreten zu  
sein. Der Zutritt zur Universität ist nur durch den Haupteingang  
in der Ludwigstraße gestattet und nur solchen Studenten und Hörern,  
die sich mit Karten ausweisen können, innerhalb des Gebäudes ist



Dieser Umstand gebe, abgesehen von anderen Möglichkeiten, den ungelerten Arbeitern den Ansporn zum Hinaufstreben in die Reihen derjenigen, die bessere Ernährung und Wohnungsbedingungen hätten.

Das ist eine grundlegende Erklärung, die die kapitalistische Presse zu dem Kusruf begeistert hat, daß sich Stalin zu kapitalistischen Methoden bekehrt habe. Diese Säge aus dem Munde Stalins haben so stark gewirkt, daß sie die kapitalistische Presse geradezu als eine Rechtfertigung und einen Triumph des Kapitalismus hinnimmt, als einen Beweis gegen den Sozialismus. Das kommt schließlich bei den rohen Experimenten und den Auffassungen eines primitiven Kommunismus heraus, mit dem man in Rußland „Sozialismus“ diffundieren will. In Wahrheit ist dieser Zusammenbruch eines Stückes der kommunistischen Ideologie nur ein Beweis für die Zurückgebliebenheit kommunistischer Auffassungen hinter den Erkenntnissen des modernen Sozialismus seit Marx!

Die Lohnungleichheit ist ebensowenig ein Wesenselement des Sozialismus wie der differenzierte Arbeitslohn ein Wesenselement des Kapitalismus ist. Die deutsche Arbeiterschaft hat die Lohnungleichheit im Kapitalismus erlebt, am Ende der Revolution und in der ersten Zeit der Stabilisierung. Diese Lohnungleichheit war eine Nivellierung nach unten. In mähelosem Kampfe haben die Gewerkschaften diese Nivellierung nach unten gebrochen, haben sie die Löhne für qualifizierte Arbeit gehoben, haben sie das gesamte Lohnniveau auf eine Höhe gebracht, die selbst heute noch nicht wieder auf den Stand von 1924 von den Unternehmern herabgedrückt werden konnte. Das war wahrhaftig nicht ein „kapitalistischer Akt“!

Indessen tritt hier ein Unterschied in den Motiven zutage. Die Errichtung des neuen Lohngebäudes in Deutschland durch die Gewerkschaften mit Hilfe der staatlichen Sozialpolitik entsprang dem Motiv, der Arbeit ihr Recht zu geben; sie erfolgte unter dem Gesichtspunkt der Wahrung der Arbeiterinteressen. Stalins Wendung zum differenzierten Lohn ist ein Mittel der Rationalisierung. Nicht die Gerechtigkeit, sondern der Anreiz zur Produktion ist ihm der oberste Gesichtspunkt. Es liegt darin unausgesprochen das Zugeständnis, daß die Methoden der „sozialistischen Wettbewerbe“, der „Stoßarbeit“, nicht zum Ziele geführt haben. Wo aber sind in Sowjetrußland die von der diktatorischen Regierung unabhängigen Gewerkschaften, wo ist die staatliche Sozialpolitik, die die Interessen der Arbeiter bei der Schaffung eines differenzierten Lohngebäudes wahrnimmt?

Man fühlt in den kapitalistischen Kreisen wohl, daß Stalin den differenzierten Lohn als Peitsche zur Erzwingung seiner „Rationalisierung“ benutzen will — daher die Begeisterung. Stalin hat gleichzeitig von der Notwendigkeit der systematischen Berechnung der Selbstkosten und ihrer Leistung gesprochen. Es entspricht deutscher Unternehmermentalität, daß sie bei Selbstkostensenkung sofort an Lohnsenkung denken! Wo sind die Garantien, angesichts des Fallens der Gewerkschaften und der Diktatur Stalins, daß die Differenzierung des Arbeitslohns in Rußland nicht nach unten erfolgt, und daß sie nicht zur kapitalistischen Methode wird? Die Lohnsenkung ist in Rußland in vollem Gange, der Reallohn sinkt — daher begrüßen die Kapitalisten Stalin!

Die kommunistische Propaganda aber wird in schwere Verlegenheit geraten. Wenn Stalin energisch die Gleichsetzung von Arbeitslosen, ungelerten Arbeitern und gelerten Arbeitern beseitigt — was wird dann aus der Hege gegen die „Arbeiteraristokratie“? Man sollte annehmen, daß die Kommunisten nun auf Befehl Stalins wieder lernen müßten, daß nicht die Lohnhöhe, sondern das gesellschaftliche Verhältnis die Klassenlage bestimmt, daß die Arbeiterschaft als Klasse ein geschlossenes Ganze ist, das nur kommunistischer Spaltungswahn sinn zu zerreißt sucht. Indessen: wer weiß, wie lange die neueste Wendung Stalins vorhält?

Ein neues Experiment wird unternommen. Bald hüh, bald hoh, bald links, bald rechts — das ist der Kurs Stalins, der in seiner neuesten Phase das Gaudium der kapitalistischen Presse ist. Das ein Vorbild für die sozialistische Arbeiterbewegung? Niemals!

## Studenten von Marburg.

Sie dürfen bei Krawallen nicht fehlen.

Marburg (Bahn), 6. Juli.

Die Studentengruppe der Nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei an der Universität Marburg hatte für Dienstag eine Protestkundgebung gegen den Versailler Friedensvertrag unter freiem Himmel geplant, die aber in Verfolg eines Regierungserlasses von der Stadtverwaltung nicht genehmigt wurde.

Die Studentengruppe beräumte daraufhin gegen dieses Verbot eine Protestkundgebung in den „Stadtfällen“ an, zu der etwa 300 bis 400 Personen erschienen. Der als Redner vorgesehene Reichsführer des Nationalsozialistischen Studentenbundes, Babuar v. Schirach, war aber nicht erschienen, da er bekanntlich in Köln verhaftet worden ist. Als sich dann ein Ersahredner mit der Verhaftung Schirachs sowie dem Marburger Kundgebungsverbot beschäftigte, erlitten aus der Versammlung heraus Schmährufe gegen die Reichsregierung sowie den Oberbürgermeister der Stadt.

Daraufhin wurde die Versammlung polizeilich aufgehoben. Auf der Straße rotteten sich die nationalsozialistischen Studenten zusammen und zogen unter dem Gesang von Kampfliedern zu der Wohnung des Oberbürgermeisters. Ein starkes Polizeikommando suchte die Zusammenrottungen zu zerstreuen, was ihm jedoch erst nach Anwendung des Gummiknüppels gelang. Als sich die Demonstrationen vor der Universität wiederholten, griff auch hier die Polizei ein; die Namen zahlreicher Ruhestörer wurden festgesetzt.

## Wechsel in der „Welt am Montag“.

Helmut von Gerlach scheidet aus.

Helmut von Gerlach ist mit dem 1. Juli aus der „Welt am Montag“ ausgeschieden, an seine Stelle ist der frühere Münzbergredakteur Emil Rabold getreten. Weder die Redaktion noch der Verlag der Zeitung hatten es für nötig gehalten, ihren Leserkreis über diesen Wechsel, seine Motive, und die damit verbundene Wendung zum Salomonismus aufmerksam zu machen.

# Empörung über die Quertreiber!

Scharfes Abrücken von dem Manifest des „Klassenkampf“ / Absage an Sengewitz. Parteiauschuß einberufen.

Die Opposition innerhalb der Sozialdemokratie, gegen deren „Mahnruf an die Partei“ wir uns dieser Tage mit aller Schärfe wandten, wie wir uns immer und bei welcher Gelegenheit es auch sei, gegen jede Sonderaktion irgendeiner Gruppe wenden werden, vertritt ihre Anschauungen seit einiger Zeit in einer eigens dazu geschaffenen Halbmonatsschrift, dem „Klassenkampf“. Der Leiter der sozialpolitischen Abteilung des Wertmeisterverbandes, Genosse Dr. Fritz Croner, der langjähriger Mitarbeiter dieser Halbmonatsschrift war, hat dieser Tage an den Herausgeber des „Klassenkampf“, den Genossen S e n d e w i t z, folgendes Schreiben gerichtet:

„Lieber Genosse Sengewitz!

Ich muß Sie bitten, die Bearbeitung der Sozialpolitischen Umschau in Zukunft einem anderen Genossen zu übertragen.

Ich habe in den Monaten nach dem 14. September 1930 die Haltung des „Klassenkampfes“ zu den Fragen der Parteitaktik mit steigender Verwunderung, ja Bestürzung mit angesehen. Ich spreche dabei gar nicht von der Haltung des „Klassenkampfes“ zur Gewerkschaftstaktik, wie sie in einigen Aufsätzen zum Ausdruck kam. Wir haben uns darüber bereits einmal unterhalten, ohne offenbar zu einer Verständigung gelangt zu sein. Ich habe es aber für unerträglich gehalten, daß der „Klassenkampf“ seine Aufgabe als Blatt der Opposition darin gesehen hat,

die außerordentliche Gefahr einer offenen schichtlichen Macht-  
ergreifung in den Augen der Arbeiterschaft systematisch  
zu verkleinern.

Der „Klassenkampf“ ist vor lauter „Opposition“ gegen die heutige Parteiführung nicht dazu gekommen, die große historische Leistung der Partei, nämlich die durch unsere Taktik erzwungene Legalisierung und Entlarvung der Nazibewegung, zu erkennen, geschweige denn anzuerkennen. Ich bin nicht der Auffassung, daß es die Aufgabe einer Opposition in der Sozialdemokratie ist, gegen die taktische Linie der Partei zu sein, nur weil es die taktische Linie der Parteimehrheit ist. Ich meine, daß die Opposition mehr als genug sachliches Material für die Formulierung ihres Standpunktes hat und es nicht nötig hat, Richtiges falsch und Falsches richtig zu finden, nur weil sie sonst an einem Punkt einmal keine Differenzen mit der Parteimehrheit finden kann.

Die Entscheidung der Fraktion zur zweiten Rotverordnung halte ich ebenso wie Sie für falsch. Ich halte es aber für unzulässig, die Dinge so darzustellen, als ob für die so schnell veränderte Haltung der Fraktion keine andere Erklärung zu finden sei als eben der Wunsch, wieder einmal umzuwahlen. Mit solcher Darstellung entwertet der „Klassenkampf“ den eigenen Standpunkt in den Augen aller, die wissen, was sich tatsächlich ereignet hat. Es wäre die Aufgabe jeder wirklichen Opposition, die Argumente der Mehrheit, insbesondere die scharfe Zuspitzung der finanziellen Lage,

mit dem ganzen Schwergewicht, das sie verdienen, darzustellen, und den eigenen abweichenden Standpunkt unter Würdigung der Argumente der Mehrheit darzulegen. So zu tun, als ob die anderen nur Schwachköpfe und Schwächlinge seien, die auf jeden Kogl hereinfallen, ist im besten Falle töricht.

Für indiskutabel aber und für unverantwortlich in der gegenwärtigen Situation halte ich den Schritt, den der „Klassenkampf“ mit dem „Mahnruf an die Partei“ unternommen hat. Ich verstehe zunächst nicht, wie ein Mitglied der Sozialdemokratie, solange es eben noch Mitglied der Partei ist, die Verantwortung für einen Beschluß und seine Folgen absehen kann, den die Partei gefaßt hat — und mag das Parteimitglied den Beschluß für noch so falsch und gefährlich halten.

Ich verstehe vor allem nicht, wie man in der heutigen Situation, die wie keine zuvor das ganze Anglud der proletarischen Parteispaltungen enthält, auch nur einen Augenblick mit dem Gedanken einer nochmaligen Spaltung der Sozialdemokratie spielen kann. Der „Klassenkampf“ spielt aber nicht nur mit den Gedanken, er schafft ja bereits die organisatorischen Grundlagen für die Zerreißung der Partei, wenn er die Parteimitglieder, die er nur sehr unvollständig unterrichtet hat, um Zustimmungserklärungen für seinen „notwendigen“ Mahnruf ersucht.

Ich werde mich gegen dieses unerbittliche Vorgehen der Herausgeber des „Klassenkampfes“, das ja nicht nur die Einheit der Partei, sondern auch die Einheit der Gewerkschaften aufs Spiel setzt, mit aller Leidenschaft zur Wehr setzen. Ich bin mit aller Entschiedenheit für eine Aenderung des Parteikurses. Niemand aber darf wagen, die Partei zu zerreißeln, weil er mit den Beschlüssen der Parteimehrheit nicht einverstanden ist.

Am Ende Ihres Aufsatzes, der hinter dem Mahnruf abgedruckt ist, steht der Satz: „Alle Quertreiberien und alle Sonderaktionen schaffen nur Verwirrung, die der Sache der Arbeiterklasse schaden und die jetzt mehr denn je zurückgewiesen werden müssen.“ Es entzieht sich meinem Verständnis, wie Sie diesen Satz schreiben und gleichzeitig den Mahnruf unterschreiben konnten. Ich hoffe aber, Sie werden mich verstehen, wenn ich aus den Gründen, die Sie in dem Schlußsatz Ihres Aufsatzes niedergelegt haben, die weitere Mitarbeit am „Klassenkampf“ ablehnen muß.

## Dienstag Parteiauschuß.

Die anfänglich für Mitte dieser Woche in Aussicht genommene Sitzung des Parteiaussschusses der SPD. findet erst am Dienstag, dem 14. Juli, statt. Die Verschiebung erfolgte auf Wunsch von Mitgliedern des Parteiaussschusses, die während dieser Woche durch Tagungen des Sächsischen Landtages in Anspruch genommen sind.

# Wirtschaft und Reichsbankpolitik.

Devisenlage noch weiter erschwert. — Neue Kredite noch nicht abgeschlossen.

In der deutschen Bank- und Kreditwirtschaft ist die nach dem 1. Juli erwartete Erleichterung bisher noch nicht eingetreten. Die ausländischen Kreditkündigungen dauern fort, und das Ergebnis der Hoover-Verhandlungen hat bisher noch nicht ausgereicht, die wünschenswerten Verlängerungen ausländischer Kredite und die Zuführung neuer Kredite herbeizuführen. Die Situation der Reichsbank ist seit dem kritischen 30. Juni infolgedessen auch noch nicht erleichtert.

Am Geldmarkt wurden gestern noch die höchsten Zinssätze verlangt, die zum Juniabschluss gezahlt werden müßten. Man muß daraus den Schluß ziehen, daß die finanzielle Bewegungsfreiheit der Banken gegenwärtig außerordentlich gering ist, und daß nach wie vor die Reichsbank den einzigen Rückhalt der deutschen Kreditwirtschaft bildet. Die Bewegungsfähigkeit der Reichsbank selbst ist nicht größer, sondern eher kleiner geworden, weil von ihr auch manche innerwirtschaftlichen Schwierigkeiten bis zur vollständigen Klärung der außenpolitischen Lage aufgefangen werden müssen, um möglich größeres Unheil zu verhüten.

Die Reichsbank hat in der Sonntagssitzung des Generalrats die Ermächtigung zur Unterschreitung der 40prozentigen Notendeckung noch nicht erteilt. Einer Unterschreitung der 40prozentigen Notendeckung steht grundsätzlich nichts im Wege. Sie wäre durchaus sinnvoll, nachdem 2 Milliarden Mark ausländischer Gelder (einschließlich der von den Banken zurückgezahlten Devisenbeträge) der deutschen Umschlagfinanzierung und damit dem Geldumlauf entzogen worden sind und irgendwie ersetzt werden müssen. Sie wäre auch in diesem Rahmen ungefährlich, denn es kommt ja nur darauf an, daß die von der Reichsbank gewährten Kredite reinen Umschlagzwecken und dem Warenumschlag dienen. Es denkt ja auch in Deutschland niemand daran, zusätzliche Reichsbankkredite etwa für Staatszwecke in Anspruch zu nehmen, statt Steuern zu erheben.

Die Reichsbank hat auf die Unterschreitung der Deckungsgrenze und die entsprechende Mehrgewährung von Krediten verzichtet können, weil sie für den dringendsten weiteren Bedarf jetzt den 50-Millionen-Dollarkredit in Anspruch nimmt, der schon seit langer Zeit bei mehreren ausländischen Privatbanken zu ihrer Verfügung stand, und weil sie die Methode der individuellen Krediteinschränkung weiterhin bei den Banken noch anwendet.

Dieser Kredit wird angesichts des von der Reichsbank immer noch zu befristenden Devisenbedarfes aber auch sehr bald verbraucht sein. Gestern haben sich die Devisenanträge der Reichsbank wieder auf 80 Millionen Mark erhöht, und es scheint, daß diese Devisenanfrage nur zum kleineren Teil auf ausländische Kündigungen, zum größeren Teil aber auf eine inländische Umwandlung von Mark in Devisen zurückzuführen ist.

Bei dieser Lage darf die Reichsbank nicht darauf verzichten, ihren Kreditnehmern scharf auf die Finger zu sehen und auch die Zwecke der Devisenverwendung und der Kreditgewährung zu prüfen. Es kommt jetzt darauf an, daß die Reichsbank möglichst wenig für Devisenbeschaffungen und neue Kreditgewährungen in Anspruch genommen wird. Gestern abend lag noch eine scheinbar reichsbankoffizielle Meldung darüber vor, daß eine Verlängerung oder Er-

höhung des 100-Millionen-Dollarkredits noch nicht gesichert sei. Die Reichsbank kann noch immer sehr viel tun, um die Mobilisierung von Geldquellen im Inlande zu erzwingen. Bei vielen Stellen des Inlandes liegt ein Kredit- und Devisenbedarf vor, der nur deshalb bei der Reichsbank befriedigt werden muß, weil diese Stellen sich fürchten, eigene Opfer auf sich zu nehmen. In sehr vielen Stellen in der Industrie und bei den Banken kann eine energische Reichsbankpolitik, die deshalb nicht unelastisch zu sein braucht, durch den Verkauf von Warenlagern, durch die Mobilisierung ausländischer Guthaben und vor allem durch die erzwungene Rückführung geflüchteter Kapitalien eine starke Entlastung des deutschen Geldmarktes — auch zugunsten der Reichsbank selbst — herbeigeführt werden.

Die Politik des elastischen Ausweichens, die die Reichsbank gegenwärtig betreibt, hat gute Gründe. Die Reichsbank darf auch mit einigem Recht erwarten, daß die gegenwärtigen, sehr großen Schwierigkeiten vorübergehender Natur sind, und daß die notwendige und wünschenswerte Hilfe vom Auslande nicht ausbleiben wird. Im Interesse der Gesamtwirtschaft aber und zur Stärkung des ausländischen Vertrauens darf die Reichsbank bei ihrer Politik des elastischen Ausweichens jene Härte sicher nicht außer acht lassen, die innerwirtschaftlich und auch für die Sicherung des in- und ausländischen Vertrauens in die Führung der Reichsbank notwendig ist.

## Zum Tode von Friedr. Austerlitz

Der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie hat an die österreichische Parteileitung das folgende Telegramm gerichtet:

In Friedrich Austerlitz verliert die deutsche Sozialdemokratie den glänzenden Publizisten und mutigen Kämpfer, sie trauert gemeinsam mit der österreichischen Sozialdemokratie. Der Parteivorstand.

In die Redaktion der „Arbeiterzeitung“ Wien sind die folgenden Beileidstelegramme gerichtet:

Weit auch betrauern wir in Friedrich Austerlitz den hervorragenden sozialdemokratischen Journalisten, dessen Lebenswerk vorbildlich für die gesamte deutschsprachige Partei bleiben wird. Redaktion des „Vorwärts“.

Wir betrauern mit euch den unermüdeten journalistischen Kämpfer Friedrich Austerlitz, den Vorkämpfer des Sozialismus. Sozialdemokratischer Presseklub.

**Vollzählung in England.** Nach dem vorläufigen Ergebnis der Volkszählung vom 26. April beläuft sich die Gesamtbevölkerung von England und Wales auf 39 937 931, davon 19 Millionen männlichen Geschlechts. Das bedeutet eine Zunahme um 2 061 232 oder 5,44 Proz. gegenüber der Volkszählung von 1921. Die zahlenmäßige Zunahme ist geringer als in irgendeinem Jahrzehnt seit 1861, ausgenommen das Jahrzehnt, in das der Weltkrieg fiel.



# Die volksteindlichen Kommunisten.

## Kämpfer gegen Arbeiterkultur und Wohlfahrt. — Saboteure des Stadthaushalts.

Die Stadtoerordneten legten gestern die

### Beratung des Haushaltsplanes

Beim Kapitel Wohlfahrtspflege fort. Es sprachen noch einige Redner der kommunistischen Fraktion. Um 19 Uhr wurden wieder die Abstimmungen für die erledigten Kapitel vorgenommen. Beim Kapitel Kunst und Wissenschaft kam wieder einmal mehr die geradezu gemeingefährliche Arbeiterfeindschaft der Kommunisten zum Ausdruck. Sie hatten in einem Antrag die

### Kündigung der Darlehen an die Volksbühne

verlangt und diesen Antrag mit Hilfe der Nationalsozialisten und einiger anderer Rechter auch durchgesetzt. Es kann gar keine Frage sein, daß der Magistrat diesem Antrag nicht beitrifft; die Volksbühne ist als Kunstinstitut aus dem Berliner gemeinnützigen Kunstleben nicht mehr fortzudenken. Abgelehnt wurde ein Antrag der Nazis, nach dem der „Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft“ zur Förderung der Wissenschaften wie bisher weiter 16 000 Mark gezahlt werden sollen. Dann wurden noch weitere kulturfeindliche Anträge der Kommunisten abgelehnt, so die Streichung des Zuschusses für das Philharmonische Orchester. Das ist natürlich nur

eine bescheidene Blütenlese aus dem Riesentrauß kommunistischer Anträge.

### Beim Kapitel Wohlfahrt

sparten sie ebenfalls nicht mit Anträgen. Es ist nicht festzustellen, um wie viele Millionen der Wohlfahrtsetat, der jetzt schon ein volles Viertel des Gesamtetats ausmacht, steigen würde, hätten die Anträge alle Annahme gefunden. Die Kommunisten forderten wahllos, ohne auch nur den leisesten Versuch zu machen, die Notwendigkeit gerade ihrer Ausgabenfestsetzung zu beweisen.

Ein Beispiel von vielen dafür: Für die Einrichtung von Werkstätten in den städtischen Erziehungsanstalten forderten sie den Betrag von zwei Millionen Mark. Berlin hat fünf solcher Anstalten mit etwa zweitausend männlichen Insassen. Für 400 000 Mark — soviel entfiel auf jede Anstalt — kann man eine große Fabrik mit den modernsten Werkzeugmaschinen einrichten, und Werkzeug im Betrage von eintausend Mark pro Kopf ist soviel, wie mancher Gewerbetreibender nicht in seinem Betriebe investiert hat. Was hindert das aber die Kommunisten, zwei Millionen zu fordern!!!

Große Heiterkeit erregte es, als die Kommunisten für die Fürsorgezöglinge die Weihnachtsfeiern abgeschafft wissen

wollten, für die Insassen des Obdachs sollten aber nach ihrem Antrag die Ausgaben für die gleichen Feiern noch erhöht werden. Es war eben zur Zeit der Etatberatung im Ausschuss auch schon sehr heiß — Im letzten Jahre war die Genossin Lodenhagen als Amtmann in das Landesjugendamt eingetreten, nachdem sie vorher lange Jahre der Arbeiterwohlfahrt vorgestanden hatte. Dagegen richtete sich schon lange der Haß der Reaktionen von rechts und links; gestern bot sich Gelegenheit, in einer Abstimmung dagegen zu votieren und so geschah es, daß die Stelle der Genossin Lodenhagen gestrichen wurde. — Vor Jahr und Tag hatten die Kommunisten schon einmal beantragt, für die Unterstützungsbedürftigen aller Arten Sätze festzusetzen, die über dem Einkommen der in Arbeit Stehenden liegen. So auch wieder beim Wohlfahrtsetat: Für ein Ehepaar mit zwei Kindern verlangten sie monatlich 230 Mark (ohne Abzüge). Der Antrag wurde in namentlicher Abstimmung abgelehnt, auch die sozialdemokratische Fraktion stimmte dagegen. Ueber 100 Abstimmungen zum Wohlfahrtsetat waren nötig, darunter befanden sich fünf namentliche. Die Etatkapitel wurden schließlich in der Fassung des Haushaltsausschusses angenommen.

### Die Versammlung wandte sich dann der Beratung des Gesundheitsetats

zu. Dazu sprachen die Stadtoerordneten Dr. Bamberg (Dem.), Dröll (Komm.) und Frau Frohn (Z.).

Um 21.30 Uhr beantragte Herr Wisnewski die Beratungen zu verlagern, weil seine Freunde kein Interesse mehr an der Sitzung hätten. Bei beschlußunfähigem Hause kam der Kommunist mit diesem Antrag durch; der Erfolg wird sein, daß die Verabschiedung des Stadthaushalts noch um einen Tag hinausgezögert wird.

# Krater am Potsdamer Platz

Noch immer prangt der auffällige Bauzaun mit den riesigen Reklameaufschriften am Potsdamer Platz; aber gleich dahinter hat sich ein gewaltig tiefer Krater aufgetan: die Baugrube für das neue Columbus-Haus, das sich hier nach dem gescheiterten Projekt der „Galerien Lafayette“ an der Stelle des ehemaligen Hotels Bellevue erheben wird. Das lebhafteste Verkehrslempo des Potsdamer Platzes scheint sich auch auf den Betrieb in der Baugrube übertragen zu haben, in der 230 Arbeiter beschäftigt sind. Passanten vom Potsdamer Platz treten an die Barriere und betrachten mit Interesse das Treiben in der Baugrube, die mit den zählreichen konzentrisch angeordneten Stützbalken einem Amphitheater gleicht. Eine netzverzweigte Pumpanlage besorgt die Grundwasserabsenkung von 5 Meter, gerechnet vom ursprünglichen Wasserspiegel. Viele Tausende von Hektolitern Wasser flossen auf diese Weise durch den Regenwasserkanal in den Landwehrkanal. Ein mächtiger Raupenlöfzabagger besorgte die Ausschachtung (20 000 Kubikmeter). Auf kleinen Geleisen laufende Loren brachten die Erdmassen zu dem Aufzug, von dem sie automatisch in die bereitstehenden Fuhrwerke gekippt wurden. Nun sind gerade die Betonierungsarbeiten im Gange: Betonmischmaschinen kreischen und langsam wächst die Fundierung: Eine 1,50 m starke Beton-



Die riesige Baugrube des „Columbus-Hauses“

platte, die für das 37 m hohe Bürohaus mit seiner Grundfläche von 2000 Quadratmetern das Fundament bilden wird. Durch die Tiefe dieses Fundamentes mußten auch die Kellerwände der benachbarten Häuser auf 8,50 m unterfahren werden. Daher auch die umständlichen Sicherheitsmaßnahmen durch Absteifung. Der Bau, der einen entscheidenden Anstoß zur Modernisierung des Potsdamer Platzes geben wird, stammt im Entwurf von Architekt Erich Mendelsohn. Im Mai 1932 soll das „Columbus-Haus“ fix und fertig dastehen.

## Notzeiten überall!

Der ungeheure Wachstum der an die zuständigen Wohlfahrtsstellen gerichteten Gesuche um Gewährung von Unterstützungen liefert den sichtbarsten Beweis für die Notlage vieler Kreise der Berliner Bevölkerung. Unter den mannigfaltigen Sachleistungen, die von der offenen Fürsorge zur Vinderung der Not gewährt werden, rangieren die Summen, die allmonatlich in Gestalt von Mietbeihilfen für bedürftige Familien bewilligt werden mit an erster Stelle. Daß immer größere Kreise infolge der langen Dauer der Arbeitslosigkeit und der damit verbundenen Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage ihren Verpflichtungen in der Aufbringung der Wohnungsmiete nicht nachkommen können, geht mit aller Deutlichkeit aus der enormen Belastung der Fürsorgestellen hervor, die im Bereich der 20 Verwaltungsbezirke im Laufe der ersten drei Monate dieses Jahres nicht weniger als 1.415.000 Mark als Mietunterstützung direkt an die Vermieter zahlten.

Während im Januar 430.000 Mark für diese Zwecke ausreichten, mußten im Februar bereits 461.000 Mark und im März sogar 524.000 Mark zur Verfügung gestellt werden. Unter den einzelnen Verwaltungsbezirken verzeichnet der dichtbevölkerte Arbeiterwohnbezirk Prenzlauer Berg mit einem Aufwand von 377.000 Mark im Laufe des ersten Vierteljahres die Höchstsumme. Kreuzberg veranschlagte in derselben Zeit rund 195.000 Mark; nicht minder groß ist die Notlage im Berliner Westen, wo Charlottenburg von Januar bis Ende März 228.000 Mark Unterstützungen zahlte. Lichtenberg und Neukölln, beide stark ausgeprägte Arbeiterwohnbezirke, fühlen die Auswirkungen der Wirtschaftskrise ebenfalls besonders deutlich in den wachsenden sozialen Lasten. Die Summen, die von den offenen Fürsorgestellen der beiden Bezirke allein für Mietbeihilfen, ohne die übrigen Sachleistungen wie Kleidung, Hausrat und Lebensmittelzuschüsse ge-



Hätte dieser Mensch zwei Stunden lang stillsitzen können, so wären vielleicht ganz unerwartete Dinge geschehen. Vielleicht hätte er dann eine schöne Geschichte schreiben oder ein Gedicht an die Kassa der „Gegenfeitigen Hilfe“ verfassen können, ihm ein Darlehen auf unbegrenzte Frist zu gewähren. Oder er hätte vielleicht ein neues Wohnungsgesetz entworfen oder ähnliches.

Stillsitzen aber war gegen seine Natur. Seine wahn-sinnig geschäftigen Beine trugen ihn davon, der Bleistift schoß wie der Blitz, geführt von wahn-sinnig geschäftigen Händen. Die Gedanken flogen sprunghaft hin und her. Ignorenko lief im Zimmer umher und die amtlichen Siegel auf den Möbelstücken zitterten wie die Ohrringe einer tanzenden Zigeunerin. Das lustige Peripheriemädchen sah auf dem Stuhl.

„Ach, ach!“ rief Awessalom Wladimirowitsch. „Göttlich! Die Anwesenheit der Königin verschönert das Mahl mit ihrer Stimme, ihrem Blick! Hohe Klasse! Sie sind die Königin Morgot.“ Die Peripheriekönigin verstand nichts und lachte respektvoll. „Essen Sie doch, nehmen Sie doch ein Stück Schokolade, ich bitte Sie! Ach, ach! Wunderbar!“ Er küßte jeden Moment die Hände der Königin, setzte ihr den Kater auf den Schoß und fragte lebend: „Nicht wahr, er sieht wie ein Papagei aus? Ein Löwe! Ein Löwe! Ein echter Löwe! Sehen Sie nur, wie faumig er ist! ... Und der Schwanz! Der Schwanz! Ein prachtvoller Schwanz! Ach!“

„Sagen Sie, Fräulein, diese Brosche ist doch eigentlich nur aus Glas? Und was für ein Glanz! Ach, Sie haben mich geblendet, mein Ehrenwort! ... Sagen Sie, ist Paris wirklich eine so großartige Stadt? Und gibt es dort wirklich einen Eiffelturm? ... Ach, ach! Welche Hände! Welche Nase! Ach!“

Er trat dem Mädchen dabei körperlich nicht im geringsten nahe. Er begnügte sich damit, ihr Komplimente zu sagen. Und er sagte sie endlos. Dieser Redestrom wurde durch Ostaps Kommen unterbrochen.

Der große Kombinator trat ein, drehte einen Bogen Papier in den Händen und sagte streng: „Wohnt hier Ignorenko? Sind Sie es?“

Awessalom Wladimirowitsch blühte betreten in das steinerne Gesicht des Besuchers. Er suchte in seinen Augen zu lesen, was für ein Ansinnen der Besucher an ihn zu stellen hatte. Vielleicht eine Geldstrafe wegen einer zerbrochenen Scheibe während eines Gesprächs in der Elektrischen? Eine Vorladung vor das Volksgericht wegen der Wohnungsmiete oder die Werbung zum Abonnement für die Zeitschrift der Blinden?

„Was soll denn das heißen, Genosse“, sagte Bender, „wie können Sie sich unterstehen, einen Staatskurier davonzufragen?“

„Was für einen Kurier?“ fragte Ignorenko erschrocken. „Sie werden es schon selbst wissen. Ich werde jetzt sofort die Möbel hinaustragen. Vor allem diesen Stuhl hier. Bitte sehr, Bürgerin, machen Sie den Stuhl frei.“

Die Bürgerin, deren Haupt eben noch der Hauch einer zarten Poesie umschwebt hatte, stand auf.

„Nein! Bleiben Sie sitzen!“ rief Ignorenko und deckte den Stuhl mit seinem Körper. „Sie haben kein Recht dazu!“

„Was Recht oder Unrecht anfangt, so haben Sie zu schweigen, Bürger. Ehre dem Gesetz!“ Mit diesen Worten hob Ostap den Stuhl und schwenkte ihn in der Luft.

„Diesen Stuhl werde ich jetzt mitnehmen“, sagte Bender entschlossen.

„Nein, Sie werden es nicht tun.“

„Wieso denn nicht“, lächelte Ostap und begab sich mit dem Stuhl auf den Gang.

Awessalom küßte der Königin die Hand, neigte den Kopf und lief dem unerbittlichen Exekutor nach. Ostap stieg bereits die Treppe hinab.

Und ich sage Ihnen, daß Sie kein Recht dazu haben.

Nach dem Befehl können die gepfändeten Möbel vierzehn Tage lang beim Besitzer bleiben und die Sache datiert erst seit drei Tagen. Vielleicht werde ich bis dahin bezahlen.“

Ignorenko schwirrte wie eine Biene um Ostap herum. So kamen sie auf die Straße. Awessalom Wladimirowitsch lief dem Stuhle bis zur nächsten Straßenecke nach. Dort sah er einige Späher, die auf einem Mißtrauen herumhüpften. Er sah ihnen mit heiteren Augen zu, lästerte etwas vor sich hin, klatschte mit den Händen und rief lächelnd: „Hohe Klasse! Ach! ... Ach! ... Welche Einsam!“

Er war durch den Reiz einer plötzlichen Eingebung hingerrissen. Er drehte sich lustig um und hüpfte zurück nach Hause. Erst als er das Peripheriemädchen mitten im Zimmer stehen sah, erinnerte er sich wieder an den Stuhl.

Ostap brachte den Stuhl indes in einer Drohsache nach Hause.

„Hier können Sie sich ein Beispiel nehmen“, sprach er zu Worobjew. „Diesen Stuhl habe ich mit meinen bloßen Händen genommen. Ohne einen Heller zu bezahlen. Verstehen Sie?“

So wurde Iwanopulos Möbeln ein neuer Stuhl hinzugefügt. Nach der Durchsuchung des Stuhles wurde Worobjew sehr traurig.

„Die Chancen werden immer größer“, sagte Ostap, „und wir haben keinen Groschen Geld. Sagen Sie, hatte Ihre selige Schwiegermutter nicht eine besondere Vorliebe für Scherze?“

„Wie kommen Sie darauf?“

„Vielleicht existieren die Brillanten überhaupt nicht.“

Worobjew hob die Arme so hoch, daß sein Kock ganz kurz wurde.

„Nun, dann ist alles in Ordnung. Hoffen wir, daß Iwanopulos jetzt nur noch um einen Stuhl bereichert wird.“

„Genosse Bender, man hat heute über Sie in der Zeitung geschrieben“, sagte Worobjew zuvorkommend.

Ostap runzelte die Augenbrauen. Er liebte es nicht, wenn die Presse seinen Namen ans Licht zerrte.

„Was faheln Sie da? Welche Zeitung?“

Worobjew entfaltete triumphierend „Die Wertstatt“. Hier, in der Rubrik „Ereignisse vom Tage“

Ostap atmete auf. Er hatte eventuelle Nachrichten in den Spalten „Unser Verdächtigen“ oder „Verbrecher vors Tribunal“ gefürchtet.

(Fortsetzung folgt.)



währt wurden, stehen auf ungefähr gleicher Höhe. Sie beziffern sich auf 129 500 Mark für Pöchlitz und 128 200 Mark für Neutal. In den übrigen Verwaltungsbezirken bewegen sich die aufgewendeten Mietunterstützungsgelder unterhalb der Grenze von 100 000 Mark; sie erreichen ihren niedrigsten Betrag in Zehendorf mit 6400 Mark vom 1. Januar bis 31. März d. J.

## Das „schwarze Gericht“.

Neues über die Erziehungsmethoden in Scheuen.

Lüneburg, 6. Juli.

Der heutige Verhandlungstag zeigte die groben Missetaten in Scheuen unter ganz besonders greller Beleuchtung.

Zuerst wurden die schweren Mißhandlungen des Jünglings Puls erörtert. Die Topfträger sagten, daß Straube bereits morgens angezündet habe: „Puls wird heute zurückgebracht; dem wollen wir eine ordentliche Abreibung geben!“ Der „Erzieher“ Manegold holte Puls vom Bahnhof ab. Als Puls dem Straube gegenübertrat, teilte er ihm mit, daß er in Celle wegen eines Armbruchs beim Arzt gewesen sei. Straube habe erwidert: „Das geht mich gar nichts an, das hättest du dir vorher überlegen sollen.“ Straube habe dem Puls dann den ersten Schlag mit einem Gummiknüppel versetzt und den Knüppel mit den Worten: „Bearbeite ihn weiter!“ den Jungen seiner Gruppe gegeben. Darauf hätten alle auf Puls losgeschlagen, bis dieser blutüberströmt zusammenbrach. Auch der gebrochene Arm wurde nicht gesont.

Sodann wurde die Einrichtung der „Saalplatten“ behandelt. (Es sind dies Verprügelungen einzelner Jungen durch andere.) Die Saalplatten wurden ursprünglich nur bei Diebereien verabsichtigt. Später wurden sie auch gegenüber zurückgebrachten Pflüchtlingen angewandt. Straube habe offiziell nichts davon gewußt, sondern immer erklärt: „Darüber will ich mich nicht ärgern, macht das unter euch ab.“ Weiter habe in Scheuen ein sogenanntes „schwarzes Gericht“ bestanden, daß auf Straubes Veranlassung gebildet war. Nach den Aussagen habe Straube sich selbst zum „Staatsanwalt“ ernannt, während die Jünglinge Vorsitzenden, Gerichtsdiener und Henker stellten. Dies Gericht urteilte über die „Verbrechen“ der einzelnen Jünglinge ab. In einem über die Strafen geführten Protokollbuch war die Zahl der verhängten Saalplatten angeführt. Das „Schwarze Gericht“ hat auch einmal den Erzieher Düsselhof „zum Tode verurteilt“. Die Jungen hätten für die Vollstreckung dieses Urteils auch eine Grube geschaufelt und für den Leichenzug eine Musikantengruppe zusammengestellt. Weiter wird bekundet, daß im Sommer 1920 vom „langen Karl“, einem Chauffeur in Scheuen, Quittungen über erhaltene Saalplatten ausgestellt wurden. Darauf stand: „Ich habe Prügel erhalten und die auch verdient.“ Solche Quittungen haben neun Jünglinge bekommen.

Bezeichnend für Straube ist seine Angabe, er habe auf Puls eine so große Wut gehabt, weil „man“ (das sind die Topfträger) ihm berichtet habe, daß Puls ihn in der Nacht ermorden wolle. Nach der Revolte habe er den Jungen die Gummiknüppel gelassen, weil sich noch „Revoltäre“ in den Wäldern herumtrieben. Straube wurde wiederholt vom Vorsitzenden zur Wahrhaftigkeit ermahnt. Die Verhandlung wurde gegen Abend auf Dienstagvormittag vertagt.

## Dummerjungenstreich eines Lehrlings.

Mischt dem Polier Salzsäure in den Kaffee.

Einen schlimmen Streich, der einem Giftmordversuch nahe kommt, hat ein 17 Jahre alter Lehrling Herbert J. an seinem Lehrherrn verübt. Der Meister ist der Steinpolier W. aus dem Norden Berlins, in dessen Arbeitskolonne auch der Lehrling Herbert J. tätig ist.

Am Freitagvormittag während der Frühstückspause nahm der Meister seine Kaffeeflasche hervor und tat einen kräftigen Schluck. Sofort fiel ihm auf, daß der von seiner Frau bereitete Trank einen widerlichen Geschmack hatte und er spie das Getränk wieder aus. Als er seiner Frau Mitteilung zukommen ließ, veranlaßte sie eine Untersuchung des Getränkes, und es stellte sich heraus, daß es einen Zusatz von Salzsäure enthielt. Nun stellte der Polier in seiner Belegschaft Nachforschung an und dabei wurde beobachtet, wie der Lehrling Herbert J. den Versuch machte, ein Fläschchen in feiner Hofentasche verschwinden zu lassen. Man durchsuchte ihn und fand eine 100-Gramm-Flasche, die Salzsäure enthielt. Ein paar derbe, wohlverdiente Ohrfeigen ließen es dem Jungen geraten erscheinen, die Wahrheit zu sagen.

Am letzten Donnerstag hatte der Meister die Arbeit des Jungen mit Recht getadelt. Das hatte der „junge Herr“ sehr übel vernommen und beschloß, sich an dem Meister zu rächen. Heimlich kaufte er Salzsäure und goß sie dem Kaffee zu. Als der Anschlag dank der Vorsicht des Meisters am Freitag mißlang, beschaffte sich der Lehrling eine zweite Flasche und wollte am Sonnabend sein Glück noch einmal probieren. Dazu ist er nicht mehr gekommen. Der vielversprechende Jüngling wurde der Polizei eingeliefert. Er gibt an, er habe den Meister nicht töten wollen. Es sollte nur ein „Dankzettel“ sein, der dem Meister Leibschmerzen und einige Tage Krankheit einbringen sollte. Herbert J. wird wegen Giftmordversuchs dem Jugendrichter vorgeführt werden.

Die Nummer des Amtsblattes der Stadt Berlin vom 30. Juni enthält als Sonderausgabe den umfangreichen Nachtrag zur Vergütungssteuerordnung, der nicht weniger als 12 Seiten umfaßt und den Nachtrag zur Wertzuwachssteuerordnung vom 28. März 1928 in der Fassung des Nachtrages vom 10. Juni 1931. Die Sonderausgabe ist einzeln zu beziehen von der Verlagsanstalt, Berlin SW. 19, Grünstr. 17/18.

# 20 Kommunisten angeklagt.

Ein Beitrag zur „revolutionären“ Taktik.

Vor dem Landgericht III begann gestern ein auf mehrere Tage berechneter Prozeß, der äußerst interessante Schlaglichter auf die sinnlose revolutionäre Taktik der Kommunisten wirft. Die 20 Angeklagten im Alter von 16 bis 32 Jahren — der größte Teil zählt über 20 Jahre — verantworten sich wegen Landfriedensbruch, zwei von den Angeklagten, Klemke und Winkler, außerdem wegen versuchten Totschlages und unbefugten Waffeneinsatzes.

Am 23. März d. J. hatten die Nationalsozialisten in einem Lokal in der Berliner Straße in Hohenschönhausen einen Sprechabend. Gegen 23 Uhr rückten sie zum Nachhauseweg. Da sich während des ganzen Abends in der Nähe des Lokals Trupps von jungen Leuten aufhielten, gingen die Nationalsozialisten, um Nebenstraßen zu vermeiden, geschossen durch die Hauptstraßen. In der Nähe der Mauer des Friedhofes der Auferstehungsgemeinde sahen sie sich plötzlich einer Gruppe von 30 Personen gegenüber. Einige Leute von der Gruppe gingen an die Nationalsozialisten heran, fragten wer sie seien, und erhielten zur Antwort: Der fünfte Bezirk. Gleich darauf wurde geschossen. Als eine Polizeistreife herbeieilte, sahen die beiden Beamten einen Mann — es war Klemke — mit der Pistole auf die Mauer zielend; gleich darauf richtete er die Waffe gegen die Beamten. Er wurde von einem Nationalsozialisten zu Boden geschlagen, der Beamte entwand ihm die Pistole, jemand rief: Die Grünen kommen!, und schon war das Ueberfallkommando zur Stelle. Die Kommunisten waren aber bereits geflüchtet; das Ueberfallkommando eilte ihnen nach und nahm eine Gruppe von 20 Leuten fest. Auf der Erde fand man einen Revolver mit drei abgeschossenen Patronen. Ein Teil der Festgenommenen war geständig, zu denen zu gehören, die

an der Mauer den Nationalsozialisten gegenüberstanden haben. Die genauen Feststellungen der Polizei ergaben in der Hauptsache auf Grund der Aussage der Angeklagten selbst folgenden Tatbestand: Am 24. März fand in einem Lokal Beckmann eine Funktionärssitzung des Kampfbundes gegen den Faschismus statt. Es wurde beschlossen, daß man sich gegen Abend wieder einzufinden habe. Das geschah auch. Zu einem Trupp von zehn Mann stieß später auch die Gruppe Heinersdorf und die Gruppe Hohenschönhausen. Man hielt sich in der Hauptsache im Lokal Vogel auf und es wurden Posten und Radfahrer aufgestellt. Gegen 11 Uhr hieß es plötzlich: Alle raus! und bald darauf kam es an der Mauer zum Zusammenstoß zwischen den Kommunisten und den Nationalsozialisten. Fast sämtliche Angeklagten gehören entweder der „Roten Hilfe“ oder dem Kampfbund gegen den Faschismus an; teils sind es Funktionäre der Organisation.

Die wenigen Angeklagten, die gestern zur Sache vernommen werden konnten, blieben im großen und ganzen bei ihren in der Voruntersuchung gemachten Aussagen. Sie behaupteten allerdings, daß die Kommunisten einen Ueberfall der Nationalsozialisten erwarteten und daß diese bei dem Zusammenreffen an der Mauer gleichfalls geschossen hätten. Besonders interessant war die Bekundung eines der Angeklagten. Er wurde im Lokal Beckmann, in dem die Funktionärssitzung stattfand, beauftragt, zu zwei Genossen Zettel zu bringen, in denen sie mit den Worten „der Genosse Sawiwo hat um 5 Uhr zu erscheinen“, aufgefordert wurden, ins Lokal zu kommen. Derselbe Angeklagte erzählte, daß bei dem Zusammenreffen der gegnerischen Parteien die Kommunisten zu den Nationalsozialisten hmüberriefen: Kennt die Parade oder wir geben Feuer! Gleich darauf erfolgten die Schüsse.

## Nach elf Jahren vor Gericht.

10 Jahre Zuchthaus wegen Raub mit Todeserfolg.

Eine kriminalistisch wie psychologisch außerordentlich interessante Verhandlung fand gestern vor dem Landgericht II statt. Wegen einer Tat, die vor 11 Jahren begangen wurde, hatte sich ein 40jähriger Mann namens Schwarz zu verantworten. Am 25. Februar 1920 wurde in den Büroräumen des Vereins Berliner Spekteure, Berlin, Schöneberger Straße 15, der 70jährige Wächter und der Wachhund erschossen und etwa 33 000 Mark geraubt.

Der Haupttäter kam während der Flucht ums Leben und zwei Mittäter haben bereits je 11 Jahre Zuchthaus wegen Raubes mit Todeserfolg verbüßt. Gestern erschienen sie als Zeugen; sie wollten den Angeklagten nicht wiedererkennen, obgleich er sich selbst der Mittäterschaft bezichtigte. Einer von den beiden Zeugen behauptete, ein fünfter sei mit dabei und der eigentliche Schütze gewesen. Bisher war immer nur von vier Tätern die Rede. Der eigentliche Hauptzeuge, der 65jährige Kassierer des Spekteurvereins, ist gestorben. So blieb nur die Aussage des Angeklagten übrig, der mit aller Entschiedenheit bestritt, gemüht zu haben, daß Gewalt angewendet werden sollte. Das Gericht kam jedoch zum gleichen Ergebnis wie die Geschworenen vor zehn Jahren und verurteilte Sch. wegen Raubes mit Todeserfolg zur Mindeststrafe von 10 Jahren Zuchthaus. In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende aus, daß das Gericht die Mindeststrafe gemüht habe, da seit der Tat bereits elf Jahre verstrichen seien. Aus demselben Grunde hätte das Gericht beschlossen, sich für eine Milderung der Strafe zu verwenden. Der Angeklagte verzichtete auf Rechtsmittel und richtete an den Vorsitzenden die Frage, ob er hoffen könne, bei guter Führung vor Ablauf der Strafe entlassen zu werden.

Sch. hat sich gewissermaßen selbst den Gerichten ausgeliefert, um seinem unstillen Leben ein Ende zu machen. Er hatte wohl nicht gedacht, daß er zu einer zehnjährigen Zuchthausstrafe verurteilt werden würde. Und tatsächlich empfanden die Richter diese von dem Gesetz vorgesehene Mindeststrafe als viel zu hart. Hier zeigte es sich wieder — das drittemal in wenigen Tagen —, wie notwendig es wäre, durch eine Gesetzesnovelle bei sämtlichen Straftaten mildernde Umstände für zulässig zu erklären. Es geht doch nicht an, daß wie in diesem Falle so auch in anderen, wie zum Beispiel im Falle des Muttermörders Thielecke oder in dem zweiten Königsgeizler Mordprozeß die Richter gezwungen sind, anzuerkennen, daß die von dem Gesetzgeber vorgesehene und von ihnen verhängte Strafe viel zu hoch sei.

## Genossen besuchen die Bauausstellung.

Der Bildungsausschuß des 12. Kreises hatte in die Wege geleitet, mit den Steglitzer Sozialdemokraten, denen sich auch Genossen aus den benachbarten Bezirken angeschlossen hatten, am Sonntag die Bauausstellung am Kaiserdamm zu besichtigen. Unter der sachverständigen Führung des Genossen Hermes wurde dieser Besuch, der ja bei der Fülle der Schauobjekte und bei der Größe des Geländes für den einzelnen Besucher leicht ermüdend wirkt, zu einem genußreichen Erlebnis. War doch ein grundlegendes Problem unserer Zeit der soziale Wohnungsbau, der besonders vor Augen geführt wurde. Gleich in Halle I konnte man das vielgerühmte Werk der Wiener bewundern, die Vorbildliches auf dem Gebiete der Arbeiterfiedlung geleistet haben. Auch die anderen Staaten, vornehmlich Frankreich, sind auf dem besten Wege, den Städtebau im Sinne einer sozialen Wohnkultur zu fördern. Die deutsche Ausstellung für Wohnungswesen brachte manchen interessanten Einblick in die wirtschaftlichen Voraussetzungen des gemeinnützigen Wohnungsbauwesens. Besonders ist es die Bautätigkeit der Stadt Berlin, die den vielen Bautörperschaften und Genossenschaften vorbildlich vorangeht. Genosse Hermes als Leiter der Gemeinnützigen Bau-

gesellschaft Berlin-Ost konnte an Ort und Stelle seine neuesten Schöpfungen von Kleinwohnungstypen, mit dem billigen Mietpreis von 26 M. und 36 M. im Modell und in den Grundrissen erklären.

## Merktwürdiges Flugunglück.

Piloten fühlen die kommende Explosion und springen ab.

Warschau, 6. Juli.

Ein eigenartiges Flugzeugunglück ereignete sich heute in Warschau. Ein Militärflugzeug war gegen 1410 Uhr vormittags aufgestiegen. Als es sich in etwa 800 Meter Höhe über dem Hauptbahnhof befand, bemerkten die Piloten, ein Leutnant und ein Zugführer, daß der Motor ungleichmäßig arbeitete und offenbar unmittelbar vor einer Explosion stand. Kurz entschlossen sprangen beide mit Fallschirmen über die Bordtante ab. Der Apparat flog kurze Zeit weiter, und dann explodierte der Motor tatsächlich und riß das Flugzeug in der Luft in Stücke. Flügel, Motor, Maschinengewehr und Aufnahmegerät landeten auf verschiedenen Grundstücken. Die Flieger, die der Wind abgetrieben hatte, zogen sich bei der Landung Verletzungen zu.

## Frankreich und Spanien im Unwetter.

Wein- und Getreideernten vernichtet.

Paris, 5. Juli.

Von einem furchtbaren Unwetter wurde am Sonnabend der südliche Teil der Provinz Dordogne im Südwesten Frankreichs heimgesucht. Ein Zyklon von selten beobachteter Stärke hat die ganze Gegend zwischen Bugue und Enzies an den Ufern der Bezere zerstört. Zahllose Bäume wurden entwurzelt. Die Weinernie ist vollkommen vernichtet und die Getreidefelder sind wie abgemäht. Die Straßen sind an verschiedenen Stellen aufgerissen. Telegraphenmasten und Bäume liegen in müßem Durcheinander auf der Landstraße und machen jeden Verkehr unmöglich. Die Stadt Bugue selbst hat ebenfalls schwer gelitten. Die Straßen sind besät mit Dachrinnen, Ziegeln und herabgestürzten Schornsteinen. Mehr als 1000 Familien sind obdachlos.

Madrid, 5. Juli.

Ein furchtbares Unwetter ging über die Gegend von Tolosa, Santander und Bilbao nieder. Die Wälder wurden verunstaltet und durch Hochwasser zahlreiche Güter schwer geschädigt. Die Landstraßen sind unbefahrbar geworden. Die Ernte ist in diesen Landstrichen völlig vernichtet worden. Zahlreiches Vieh ist ertrunken. Viele Häuser, insbesondere solche an Abhängen, sind von niedergehenden Gesteinsmassen oder Sturzflüssen zerstört worden. Der Sachschaden beträgt viele Millionen.

## Schmelting am 12. Juli in Bremerhaven.

Bremen, 6. Juli.

Der am Dienstag am Bord des Schnelldampfers „Europa“ des Norddeutschen Lloyd nach Deutschland zurückkehrende Bogweltmeister Schmelting trifft am Sonntag, dem 12. Juli vormittags, in Bremerhaven ein.



**BAD EMS**  
 Katarrhe, Asthma, Emphysem, Grippefolgen, Rückstände von Lungen- und Rippenfellentzündung, Herz- und Kreislaufstörungen  
 Trinken, Baden, Inhalationen, Terrainkuren, Unterhaltungen und Sport jeder Art / Zeitgemäße Preise  
**EMSER WASSER (Kribben) / PASTILLEN / QUELLSALZ**

# Dr. Dralle's Lavendelseife

Ein Wort für die Hausfrau!

DAS GROSSE RUNDE  
SCHNEEWEISSE  
SEIFENSTÜCK  
NUR NOCH 65g



# Wer sind die Schuldigen?

## Die Hintergründe der wirtschaftlichen Vertrauenskrise. — Der Fall Nordwolle.

Mit einer systematischen Hege hat man in Deutschland unter Schachts Führung in den letzten Jahren den öffentlichen Kredit zu untergraben versucht, für alle Schwierigkeiten, die aus der kapitalistischen Wirtschaftskrise entstanden sind, die angebliche „öffentliche Wirtschaft“ verantwortlich gemacht und sehr vereinzelt als solche immer zu bedauernde Fehlentscheidungen zu Skandalen aufgebaut. Trotz dieser struppelosen Kampagne, trotz der riesigen Schwierigkeiten der öffentlichen Finanzen im Gefolge der Wirtschaftskrise besitzt das Ausland nach wie vor Vertrauen gegenüber der öffentlichen Finanzwirtschaft und gegenüber den großen öffentlichen Wirtschaftsunternehmen.

**Die starke Erschütterung des deutschen Kredits, die Verschärfung der Wirtschaftskrise durch eine hinzugetretene ausgesprochene deutsche Kreditkrise ist nicht von der öffentlichen Wirtschaft verschuldet.**

Sie ist zwar zunächst durch die Wahlen vom 14. September und später durch ernste wirtschafts- und außenpolitische Fehler der Regierung Brüning hervorgerufen worden, hat aber ihre eigentliche Verschärfung durch eine Reihe großer Zusammenbrüche und ungewöhnlicher Verluste großer, bisher angesehener privatwirtschaftlicher Konzerne erfahren. Die „schwarze Liste“ dieser Vorfälle schwerster Wirtschaftskrisen und teilweise skandalöser Verschleungen in der Wirtschaftsführung großer Konzerne sind in kurzer Zeit sehr ansehnlich geworden: Favag, Industriebau, Glanzstoffkonzern, Linoleumtrust, Vaterländische Kredit, Karstadt und die neueste Affäre des Norddeutschen Wollkonzerns. Alles schwerste Verluste und Zusammenbrüche als Folge verantwortungsloser, unsicherer und unkontrollierter Leitung großer Konzerne.

### Die tiefen Verluste bei der Norddeutschen Wolle.

Die Aufdeckung der Vorgeschichte der Verluste, die großen Kreditrisiken nicht bloß inländischer Banken, sondern auch großer ausländischer Bankhäuser, denen man noch unlängst versichert hat, daß alles in bester Ordnung sei, haben in einer bereits durch die Goldabziehung und Kreditkürzungen gefährlichen Situation dem deutschen Kredit und dem Ansehen der deutschen Wirtschaft einen neuen Stoß versetzt.

### Das verantwortungslose Jagen einer Unternehmerfamilie nach persönlicher Bereicherung und verschwenderischem Luxus.

Die Wirtschaft in der Leitung, das völlige Versagen der Kontrollinstanzen hat nicht nur einen industriell im Kern gesunden Großkonzern zum Zusammenbruch geführt, sondern durch eine außerordentliche Verschärfung der Vertrauenskrise das gesamte deutsche Wirtschaftsleben in Mitleidenschaft gezogen.

Wie konnten Verluste in derartig gigantischer Höhe — nach neuesten Meldungen außer 90 Mill. Kapital und Reserven noch 100 Millionen verloren — verborgen bleiben. Wie konnte man ohne genügenden Einblick ein Unternehmen mit 70 Millionen Aktienkapital 240 Millionen Kredite geben?

Der Konzernaufbau der Norddeutschen Wolle ist ein typisches Beispiel für die hochkapitalistische Konzernverschachtelung, die der Leitung Unmacht verleiht, zugleich aber auch jedem Mißbrauch bei ungenügender Kontrolle Tür und Tor öffnet.

Die Familie Lahusen, aus einem alten Bremer Patrizierhaus stammend, regierte souverän durch drei Mitglieder den Konzern. Als persönliches Instrument hatte man sich eine argentinische Gesellschaft Sociedad Anonima de Importacion e Exportacion Lahusen u. Co., Buenos Aires, geschaffen, an der der Konzern nur mit einer kleinen Minderheit beteiligt war. Viel wichtiger aber als diese langarmige argentinische Aktiengesellschaft war eine holländische Tochtergesellschaft mit dem phantastischen Namen Ultramar, an der die argentinische Aktiengesellschaft der Familie Lahusen zwei Drittel des Kapitals, dagegen der Nordwolle-Konzern, wie man jetzt erst erfährt, ursprünglich nur ein Drittel Beteiligung besaß.

Ueber Ultramar besorgte die Familie Lahusen den gesamten Rohstoffeinkauf — die Möglichkeit, hohe Gewinne hier „hängen“ zu lassen und diese der Familie statt dem Nordwolle-Konzern zuzuführen, zugleich den Fiskus durch Steuerflucht zu schädigen —, diese Möglichkeiten wurden in den guten Jahren offenbar reichlich ausgenutzt. Später, bei dem großen Preissturz der Wolle, wurden die Verluste aus den geschäftlichen Fehlentscheidungen buchnäßig auf Ultramar abgewälzt, die inzwischen, wie man auch jetzt erfährt, ganz in den Besitz der N.W.W. übergegangen waren. Durch diese Manöver wurden die Verluste verschleiert. Die Spekulationsverluste wurden in eine fiktive Forderung an die längst bankrotte Ultramar („Jenseits des Meeres“) umgewandelt.

Damit nicht genug, die Bilanz wurde noch weiter verschleiert, indem man die Tochtergesellschaft Ultramar in der Bilanz nicht unter dem Bilanzposten „Beteiligungen und Konzerngesellschaften“ aufführte und demgemäß die Reservenforderungen an Ultramar nicht unter dem Bilanzposten „Forderungen an Tochtergesellschaften“ erscheinen ließ, sondern unter „Debitoren“, unter „Forderungen an Außenstehende“ (1) verbuchte.

Diese doppelte Bilanzverschleierung hätte keinem gewissenhaften Aufsichtsrat unbekannt bleiben dürfen. Wie sie überhaupt bei ordnungsgemäßer Buchführung vorkommen konnte, ist unverständlich. Man erfährt allerdings durch die „Frankfurter Zeitung“, daß jetzt die im Gang befindliche Prüfung auf „buchtechnische Schwierigkeiten“ stößt, wodurch ein Licht auf die kaufmännische Handhabung in dem Konzern geworfen wird.

In den zahlreichen Fällen schwerster Mißwirtschaft, die in den letzten beiden Jahren zum Zusammenbruch großer Unternehmungen

oder zu großen Kapitalverlusten und Arbeiterentlassungen führte, wurde nicht einmal

### das Vermögen der schuldigen Wirtschaftsführer und der verantwortlichen Aufsichtsräte

zur Deckung herangezogen. Nach Bekanntwerden der ungeheuerlichen Verschleungen soll das Privatvermögen der Familie Lahusen sichergestellt worden sein.

Kann mit der bisherigen Passivität und Toleranz gegenüber den schuldigen Personen und gegenüber einem wirtschaftsschädlichen System die Wiederholung derartiger, die Gesamtheit schwer erschütternder Vorgänge noch verhindert werden? Bei derartig eklatanten Verschleungen, wie sie hier vorliegen, Bilanzverschleierungen, Handeln des Vorstandes zum offensichtlichen Nachteil der Gesellschaft und „unklare Buchführung“, Verstöße gegen die elementarsten, zwingenden Gesetzesvorschriften des Handelsgesetzbuches müssen auch die verantwortlichen Personen der Wirtschaftsteilung unter dem Gesichtspunkt ihrer persönlichen Haftbarkeit unnach-

sichtlich zur Rechenschaft gezogen werden. Darüber hinaus aber müssen unverzüglich Reformen und Kontrollmaßnahmen geschaffen werden, die derartigen Vorkommnissen vorbeugen.

Die Wirtschaftsführung der Aktiengesellschaften und der großen Konzerne darf sich nicht wie bisher im Dunkel der Büros der Generaldirektoren abspielen, sondern muß durch zwingende Publizität und Kontrollbestimmungen ins Licht der Öffentlichkeit gerückt werden.

Die Leitung von Konzernen ist keine Privatangelegenheit einzelner Großkapitalisten; sie entscheidet heute über das Wohl und Wehe von Zehntausenden von Arbeitnehmern; sie kann bei Unfähigkeit Mißwirtschaft und Privatpekulation einzelner Wirtschaftsführer das ganze Wirtschaftsleben in den Abgrund reißen. Die Willkür weniger Konzernleiter und die Sorglosigkeit der Banken müssen aufhören, die die Gesamtheit in Gefahr bringen. Durch stärkste Publizität, weitreichende öffentliche Kontrolle und Mitbeteiligung der Arbeitnehmerschaft muß die Wirtschaftsführung zur Gemeinschaftssache gemacht werden.

Der Reichskanzler hat vor wenigen Tagen wissen lassen, er wolle sich mit den Führern der Wirtschaft über die Fehler der Vergangenheit unterhalten. Diese Fehler haben jetzt den deutschen Kredit und das Ansehen der deutschen Wirtschaft aufs schwerste geschädigt. Es ist an der Zeit, hier durchzugreifen.

# Hoover-Plan und Reichsbahn.

## Die der Reichsbahn gewährten „Kredite“ gehören dem Reich!

Nach der neuen amerikanischen Vereinbarung mit Frankreich ist nunmehr geplant, die Frage der strittigen unaufschiebbaren Annuität in der Form einer Sonderregelung mit der Reichsbahn zu bereinigen. Die Reichsbahn soll die Reparationssteuer unverändert an die B.Z. einzahlen, sie soll aber nach Abzug des Zinsdienstes für die Dawes-Anleihe und für die Young-Anleihe, den Hauptbetrag der Zahlung — etwa 550 Millionen Mark — wieder als Anleihe zurückerhalten. Die Bank für Internationale Zahlungen ist nach ihrem Statut, das in den Young-Befehlen verankert ist, nicht berechtigt, Darlehen an die Regierungen zu geben, und man hat deshalb für die Befreiung Deutschlands auch von dem unaufschiebbaren Reparationsanteil wohl die Form der Anleihegewährung an die Reichsbahn gewählt.

Der Verwaltungsrat der Reichsbahn hat in einem Kommuniqué über seine letzte Sitzung zum Ausdruck gebracht, daß die Reichsbahn auf eine Streichung bzw. starke Ermäßigung der Reparationssteuer, die eine direkte Reichsteuer ist, reflektiert.

Wir sind jedoch der Auffassung, daß dem Sinn des Ferienjahres entsprechend alle Entlastungen, sowohl die erlassenen Zahlungen wie die in Anleiheform zurückgewährten, zunächst dem Reich zufließen müssen, das dann diese Mittel an den vordringlichsten Stellen einzusetzen hat. Wir halten es daher für erforderlich, daß die Reichsregierung sich unverzüglich bei der Reichsbahn-Gesellschaft die volle Weiterleitung der als Anleihe zurückgewährten Reichsbahnzahlung sichert, die ja nichts anderes als eine direkte Reichsteuer darstellt, die nur außerdem international festgelegt ist und für die als Zahlstelle die B.Z. vereinbart ist. Das Reich hat im Vorjahr den vollen Ertrag der Young-Anleihe der Reichsbahn und der Reichspost zugeleitet. Der Zielsetzung des Hoover-Planes, der vollen Entlastung des Reiches, entspricht es, daß diesmal die als Anleihe aus bankgesetzlichen Gründen der Reichsbahn gewährten Entlastungen in vollem Umfange dem beabsichtigten Empfänger der Entlastung zugeleitet werden, d. h. dem Reich.

Daß die Reichsbahnfinanzen gleichfalls von der Krise, dem verringerten Güterumschlag und Verkehrsabgang betroffen werden, ist bekannt. Es müssen aber übertriebene Angaben über das angebliche und zu erwartende Defizit der Reichsbahn zurückgewiesen werden.

Es ist zwar zutreffend, daß die Reichsbahn in den ersten fünf Monaten des Jahres einen Einnahmeausfall von insgesamt 276 Millionen Mark erlitten hat; dem stehen aber, Minderausgaben in genau der gleichen Höhe gegenüber. Das laufende Defizit der ersten fünf Monate ist durch stärksten Personalabbau — im Mai 1931 wurden 80 000 Mann weniger beschäftigt als im Mai 1930 — durch Einsparungen bei den Materialpreisen, aber auch durch einschneidende Drosselung der Erneuerungen nicht größer als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Es befrägt für die Verkehrsschwäche ersten fünf Monate des Jahres 150 Millionen Mark.

Wenn dieses Defizit für das ganze Jahr in gleicher Höhe bestehen oder sich noch etwas erhöhen sollte, so bestände für die Reichsbahn auf Grund ihrer großen offenen und inneren Reserven, ihrer umfangreichen liquiden Mittel (rund 800 Millionen nach der letzten Bilanz) noch immer die Möglichkeit, durch Inanspruchnahme dieser Reserven sich über das Krisenjahr hinwegzuhelfen.

Wie angesichts dieser Lage vom Verwaltungsrat der Reichsbahn erklärt werden kann, daß auch bei völliger Befreiung von der Reparationssteuer die Sorge um ein Defizit fortbestehen, vermögen wir nicht zu begreifen. Wir halten auch angesichts der viel ärgeren Finanznot der öffentlichen Körperschaften eine derartige übertriebene Schwarzmalerei für wenig angebracht.

Eine andere Frage ist es, die später zu prüfen sein wird, ob das Reich der Reichsbahn eventuell bei der Finanzierung von Reinvestitionen, zugleich mit dem Ziele der Arbeits-

beschaffung behilflich sein kann. Hierbei wird aber darauf zu achten sein, daß eine wirklich fühlbare Entlastung auf den Arbeitsmarkt bewirkt wird und daß die Reichsbahn-Gesellschaft selbst unter Heranziehung der Vorzugsaktien, über die sie noch verfügt, hierzu beisteuert und nicht nur vom Reich dauernd einseitige Zuschüsse beansprucht.

## Das Amt der Wirtschaftsprüfer.

### Gründung der Hauptstelle. — Auf das Wer und das Wie wird es ankommen!

Kürzlich ist die Hauptstelle für die öffentlich bestellten Wirtschaftsprüfer gegründet worden, die angesichts der in der Privatwirtschaft und teilweise auch in der öffentlichen Wirtschaft weitgehend durch Gesetz eingeführten Pflichtrevision eine große Bedeutung haben wird.

Nach einer Erklärung des Vertreters der Reichs- und Staatsregierung in der Gründungsphase treten die Grundzüge für die öffentliche Bestellung der Wirtschaftsprüfer bald in Kraft. Die Bestellung von Wirtschaftsprüfern ist ja gedacht, daß bei einigen „Industrie- und Handelskammern“ Zulassungs- und Prüfungsstellen errichtet werden, die die Auswahl und Prüfung der Bewerber vorzunehmen haben. Die Richtlinien für die Zulassung und Prüfung werden von der Hauptstelle festgelegt, der neben den Beauftragten der Reichsregierung und der Landesregierungen Vertreter der wirtschaftlichen Spitzenverbände (nicht der Gewerkschaften!), der Wirtschaftsprüfer selbst und der Zulassungs- und Prüfungsstellen angehören. Die Wirtschaftsprüfer werden von den obersten Landesbehörden oder von diesen bestimmten Stellen ernannt und in ihrer Tätigkeit von den Industrie- und Handelskammern überwacht.

Eine fruchtbare Wirksamkeit der neuen Einrichtung scheint uns bei der Einseitigkeit der neben den Staatsstellen tätigen Institutionen, die nur aus der Privatwirtschaft genommen sind, nicht gewährleistet. Ueber die Auswahl der Personen und über die Art der Durchführung der Wirtschaftsprüfung kann und darf neben den Behörden die Privatwirtschaft nicht allein bestimmen. Das widerspricht dem Geist der Verfassung, durch den ausdrücklich die Organisationen der Arbeitnehmer denen der Privatwirtschaft gleichgestellt sind; das widerspricht auch der Notwendigkeit, der Tätigkeit der Wirtschaftsprüfer restlose Unabhängigkeit zu sichern. Darüber wird bald noch einiges zu sagen sein.

## Mittlere Getreideernte.

### Die Ernteschätzungen für Preußen.

Auf Grund der Schätzung der Soatenstandsberichte der Preussischen Statistischen Landesämter ergibt sich für Preußen eine mittlere Getreideernte unter der Voraussetzung, daß Witterungs- und Wachstumsfaktoren bis zur Ernte normal bleiben.

Es werden in Preußen für 1930/31 242 Millionen Tonnen Winterweizen gegen 208 Millionen Tonnen im Vorjahr, also 16,4 Prozent mehr erwartet, wobei der Hektarertrag auf 21,9 Doppelzentner gegen 22,8 Doppelzentner im Vorjahr geschätzt wird (Flächenermehrung bei geringerem Hektarertrag). Winterroggen werden in Preußen 5,47 gegen 5,66 Millionen Tonnen im Vorjahr erwartet oder 3,3 Prozent weniger bei einem von 16,1 auf 16,8 Doppelzentner erhöhten Ertrag pro Hektar. Die Schätzungen bei Sommergerste lauten auf 1,38 Millionen Tonnen oder 10,9 Prozent mehr bei einem von 19,8 auf 20,1 Doppelzentner gesteigerten Hektarertrag. Die Haferernte liegt nach den Schätzungen in Preußen mit 4,54 Millionen Tonnen um 18,3 Prozent höher als im Vorjahr bei einem sehr stark, nämlich von 16,6 auf 20,2 Doppelzentner erhöhten Hektarertrag.

Russenauftrag für Krupp. Nach einigen anderen deutschen Unternehmen hat jetzt auch die Kraftwagenfabrik der Friedrich Krupp A. G. in Essen einen Auftrag der russischen Regierung auf Lieferung von 200 Lastkraftwagen erhalten.

# 2 Ratschläge für die Schönheitspflege auf der Reise

1. Zur natürlichen Bräunung der Haut setze man vor und nach der Besonnung die Haut, insbesondere Gesicht und Hände, mit Creme Leodor gründlich ein; man ergibt dann ohne schmerzhaftes Röten eine gesunde, sonnegebräunte Hautfärbung. — Creme Leodor — fettfrei, rote Färbung, fetthaltig, blaue Färbung — Tube 60 Pf. und 1 Mark, Leodor-Edel-Seife 50 Pf. In allen Chlorodont-Verkaufsstellen zu haben.

2. Zur Erlangung schöner weißer Zähne putze man früh und abends die Zähne mit der herrlich erfrischenden Zahnpaste Chlorodont, die auch an den Seitenflächen mit Hilfe der Chlorodont-Zahnbürste einen eisendeharigen Glanz erzeugt. — Chlorodont-Zahnpaste, Tube 54 Pf. und 90 Pf., Chlorodont-Zahnbürste 1 Mark, Chlorodont-Kinderbürste 60 Pf., Chlorodont-Mundwasser 1 Mark.



# Javier de Viana: Stille nach dem Sturm

## Originalerzählung aus dem uruguayischen Kamp

Seit dem Abend, da Ismael Martinez aufsprang, sich den breiten Gaultschuh in den Nacken rückte und wütend ausrief: „Ich verbiets euch, von meiner ‚Verlossenheit‘ zu reden!“, getraute sich keiner mehr, in seiner Gegenwart die traurige Geschichte zu erwähnen. Sie war alltäglich wie Winterregen. Ein junger Mann — guter Kerl, stark, arbeitsam, nüchtern — war ein paar Tage nach der Hochzeit von seiner Frau betrogen worden. Erst wollte er sie tötschlagen; dann dachte er daran, daß weder Peitsche noch Sporn einen müden Gaul in Trab setzen. Besser: abstoßeln und laufen lassen! Er jagte sie davon und hoffte ein neues Leben beginnen und das zerstörte Heim wieder aufbauen zu können.

Ein Jahr war seitdem vergangen; immer noch schien Traurigkeit im Herzen des Gaultschos zu hausen. „Es wird nie anders werden“, sagte er einmal. „Es ist wie ein Jaunpfahl, in dem der Sturm liegt. Dagegen gibt's kein Mittel!“ Er sagte das an einem dunklen Abend, unter einem alten Ormbu, dem seltenen, einzigen Baume des Kampes. Der alte Torcuato, der neben ihm saß, griff das Wort auf und warf es auf den Rücken wie ein Kind, dem der Lasso ums Genick saust. „In frischem Holze steckt kein Wurm!“ Als er bemerkte, daß der Gefährte ruhig blieb, nahm er die Gelegenheit wahr und rief: „Kein Fleisch ist so zäh, daß man's nicht braten könnte! Hör zu! — Ich hatte mal einen Freund. Er hieß Dionisio Pasuente. Feiner Kerl: stark und tapfer, dabei gut wie eine Mutter! Ein Unterrock steckte ihm im Kopfe; er lebte. Der Pfaff legte ihm denn auch bald das Krumm um. Dionisio war wie Weidengras: je mehr das Vieh davon frist, desto mehr wächst nach. Sie war wie eine Miomiodistel: was davon frist, muß kriechen. . . Er hütete sie wie das beste Reinpferd. . . Sie kriegten ein Junges. . . Dionisio verdoppelte seine Sorgen für die Frau. . . Dann kam ein Tag, da erlebte er das selbe wie du. Wie du hätte er am liebsten ausprobiert, ob sein Messer noch scharf genug sei; aber wie du überlegte er, daß der Bach zu tief sei! Wieder holte er sich das Ding, womit wir die Potros, die wilden Henasse, zähmen, heizt ihr ein und jagte sie in den Kamp. Die Stute hatte ihre Kontramärke (Brandmarke, durch die das Pferd beschlos wird); das Junge gehört dem, der sie aufbrannt. Jedesmal, wenn ich dich sehe, muß ich nicht daran denken. — Geh dir'n Licht auf, Junge?“

Der Alte hustete, sah zu Ismael hinüber, dem eine Träne im Auge stand, und sprach weiter: „Dionisio behielt alle den Gaultschos, die Halbweise. In seiner Seele pflanzte er Weidenruten, die zwar erst Wurzel schlugen, aber immer verdorrten. Seine Seele war eben hart und trocken geworden wie ein Bergweg! Eines Tages wurde der Kleine krank. Im Fieber sang er an zu jammern: ‚Mutter, Mutter!‘ Dionisio trieb erst eine Weile im Sumpfe des Zweifels; dann kramelte er sich zugleich mit den Hemdsärmeln das Gewissen auf. . . verstehtst du?“

„Rein“, versetzte der Gaultschos abweisend. „Na, er ließ das Vieh holen. Beide mühten sich, ihr todkrankes Junges zu retten. Auf dem Schuttl des alten Kantschos (Hütte) bauten sie einen neuen. Jetzt sind sie die glücklichsten und zufriedensten Menschen unter der Sonne, die Weizen und Unkraut in gleicher Weise gedeihen läßt.“

„Schöne Sache für Leute ohne Erinnerungen!“ rief Ismael aus. „Sieh mal mein Junge“ bemerkte der Alte, wenn man von Erinnerungen lebte, so würde kein Mensch mehr ausjäten, sobald ihm der Frost einmal die Ernte verdorren hat. Und keiner würde mehr einen Centavo für Schafe ausgeben, wenn ihm ein Gewitter einmal einen Wurf Dämmer vernichtet hat.“

Der junge Gaultschos schwante eine Weile schweigend zwischen Stolz und Liebe. Dann sagte er: „Hat keinen Sinn! Die Narben verschwinden nicht.“

„Doch!“ erwiderte der Alte bedeutsam. „Denk mal an die Gaultschos Kontramärke hebt Kontramärke auf. Also: Kontramärke machen!“

Wieder schwieg Ismael eine lange Zeit, so lang wie ein alter Gaultschosaffo. Dann sah er eine Kleinigkeit, sattelte, sah auf und ritt davon. Der alte Don Torcuato sah lächelnd zu, wie er nicht die Richtung nach seinem Kantscho einschlug, sondern sich in vollem Galopp nach der entgegengesetzten Seite entfernte, — nach Süden, wo sich hinter einer Agavenpflanzung eine mit der Peitsche davon-gejagte junge Frau in Bangeweise, Traurigkeit, Einsamkeit und Reue verkehrte.

(Berechtigter Uebersetzung aus dem Uruguayischen von G. S. Rosenberff.)

# O. Faber: Gelähmte Maschine

Eigentlich kann „Robot“ ja gar nicht sterben, weil er kein lebendes Wesen, sondern nur ein Maschinenwesen ist. Und Maschinenwesen hin und her, auch ein Maschinenwesen ist weiter nichts als eine Maschine und hat mit Menschen oder lebenden Wesen nur das eine gemein, daß er sich bewegt und äußerlich dem Menschen ähnlich sieht. Wenn ein Mensch stirbt, dann ist das etwas Besonderes, denn dann ist sein Leben abgelaufen. Aber wenn eine Maschine stillsteht, dann ist das nichts Außergewöhnliches, denn man kann sie einfach wieder antreiben. Oder auch nicht.

Oder auch nicht? Der von einem englischen Ingenieur vor Jahren konstruierte Maschinenmann „Robot“ hat einen Schlaganfall erlitten und damit ganz London in recht heitere Stimmung versetzt. Gleichzeitig aber hat er uns etwas Wichtiges vor sich selber einflößen wollen, denn schließlich ist ihm mit diesem Schlaganfall etwas durchaus Menschliches geschehen. Hat er damit bewiesen, daß er uns Menschen ähnlicher ist als wir glauben wollten? Der Erfinder ist entzückt über den Schlaganfall, obwohl er bisher noch nicht feststellen konnte, wodurch sich „Robot“ ihn zugezogen hat.

Robot stand nämlich seit einiger Zeit als mechanischer Verkehrs- polist an einer Kreuzung der Londoner Außenstadt und machte seine Sache ausgezeichnet, besonders da er vom Fenster eines benachbarten Hauses aus mittels elektrischer Leitungen glänzend „beheizt“ wurde. Drückte der Beamte auf den rechten Hebel, dann hob Robot den rechten Arm, drückte er auf den linken Hebel, dann hob Robot den linken Arm, und so dirigierte der Maschinenmann — gewiß ein eigenartiger Anblick — den Londoner Verkehr. Pöpslich konnte er nicht mehr. Robot hob nur noch den rechten Arm, senkte nur noch den rechten Arm.

Er war linksseitig gelähmt! Die erste Folge war eine furchtbare Verkehrsstauung, ein größliches Durcheinander, denn da „Robot“ sowohl den rechten Arm hob, gleichzeitig aber den linken nicht senkte, blieben alle Fahrzeuge stehen. Straßenbahnen, die es nur in den Außenbezirken gibt, stauten sich Kilometerweit, die Autobusse fuhren fast aufeinander. Der Robot, der Maschinenmann, war nicht mehr zu bewegen, sich zu bewegen. Die linke Seite blieb stumm, war gelähmt, tot. Aber Robot selber lebte noch, denn den rechten Arm hob und senkte er zur Freude des Beamten, der dadurch noch mehr Wirrwarr in den Verkehr brachte. Mit einem einfachen Verkehrsturm hätte man nicht soviel Aufhebens gemacht, aber Robot ist eben etwas anderes, ist ein Maschinenmann. Daher ließ der Beamte hinunter auf die Straße und versuchte, Robot gut zuzureden, wie man das mit Menschen zu tun pflegt, die plötzlich anderen Sinnes geworden sind.

So hatte auch ihn die Psychose gepackt, dieser Robot sei nicht nur eine Maschine, sondern gleichzeitig etwas Besseres. Wer würde jemals auf den Gedanken kommen, einer kaputtgegangenen Nähmaschine oder einem zerbrochenen Zweirad gut zuzureden? Aber beim Robot versucht man's. Robot aber antwortete nicht, hielt den linken Arm steif in die Luft und ist bis heute weder geheilt noch hat man herausfinden können, was ihm eigentlich fehlt. Gerechterweise hätte man einen Arzt holen müssen, weil die Mechaniker sich nicht zu helfen wußten. Zur Zeit hat man ihn amputiert und in einer Werkstatt untergebracht, um den Schlaganfall zu beheben. Aber ob Robot seine Stelle als Verkehrsregulator wieder beziehen wird, ist höchst zweifelhaft, denn, wie man sieht, bringt dieses „Wesen“ allerlei Verwirrung in die menschlichen Gemüter, und nur, weil es aussieht wie unferneiner. Aber einen Menschen kann man nicht nachmachen, und eine Maschine bleibt eine Maschine und wird kein Lebewesen, auch wenn sie noch so viele Schlaganfälle bekommen sollte.

## Ein Brandmal für Neugeborene

Die New-Yorker Frauenkliniken und Säuglingsheime wollen fortan die ultravioletten Strahlen dazu benutzen, neugeborene Kinder mit einem Brandstempel zu versehen, der ihre spätere Identifikation sicher verbürgt. Die bisherigen Versuche haben guten Erfolg gehabt und darüber hinaus den Beweis erbracht, daß das Verfahren durchaus schmerzlos ist. Sobald ein Kind geboren ist, wird an seinem Hals ein Schild mit dem eingestanzten Namen angebracht, und die ultravioletten Strahlen lassen dann die Buchstaben des Namens in dunkelroter Farbe auf der Haut des Kindes erscheinen. Die Schrift bleibt über zwei Wochen sichtbar. Das neue Verfahren soll die werdenden Mütter vor der Zwangsvorstellung bewahren, daß ihre Kinder mit anderen verwechselt werden, wie es erst kürzlich wieder in einem Säuglingsheim in Chicago geschah. Der Fall führte zu einer Schadenersatzklage in Höhe von 100 000 Dollars. Nach ausgedehnten Erörterungen der Sachverständigen mußten die maßgebenden Stellen schließlich zugeben, daß zwei Kinder, die im selben Saal und am selben Tage geboren worden waren, vertauscht worden waren.

# Prof. Dr. R. Hennig: Nutzen der Gewitter

Obwohl die moderne Bauweise der Häuser aus Stein und mit festen Dachungen neben den Blitzableitern erhöhte Sicherheit gegen Gewittergefahren bedeutet, leben noch immer viele Menschen in großer Angst, „wenn die Wolken getürmt den Himmel schwärzen, wenn dumpf tosend der Donner hallt“. Und viele Tausende würden wohl, wenn sie das Wetter zu machen in der Lage wären, die Gewitter zu allererst abschaffen. Aber trotz aller Schrecken, die ein schweres Gewitter mit sich bringen kann, darf man doch behaupten, daß die Gewitter im Haushalt der Natur für den Menschen sehr viel mehr Nutzen als Schaden bringen. Der Landmann betrachtet daher besonders gewitterreiche Jahre als besonders fruchtbar. Dies ist keineswegs ein überliefertes Aberglaube, sondern eine in der Tat berechtigte Auffassung. Sommer, die viele Gewitter bringen, sind ganz selbstverständlich auch durch reichliche Wärme ausgezeichnet, die im Hochsommer zum Gedeihen aller Vegetation eine sehr willkommene Zugabe ist. Andererseits aber verhindert das Auftreten der Gewitter auch wieder die überaus verhängnisvollen Wirkungen einer langdauernden Dürre, die gerade in Wochen mit reichem hochsommerlichen Sonnenbrand katastrophale Ausmaße annehmen kann. Fast alle Gewitter bringen reichliche Niederschläge mit sich, und gerade ein häufiger Wechsel zwischen Sonnenbrand und kräftigen Regenfällen ist für das Gedeihen jeglicher Ernte überaus willkommen — allerdings nicht in der Zeit, in der die Ernte selbst eingebracht werden und vor Kälte geschützt werden soll. Aber der Grund, warum gewitterreiche Jahre auch besonders fruchtbar sind, leuchtet ein. Auch in den Tropen finden wir ja die größte Ueppigkeit der Vegetation dort vor, wo in den heißesten Monaten starke Regengüsse, vielfach mit täglichen Gewittern, niedergehen.

Die Gewitterregen in der Sommerzeit mögen dem einzelnen Menschen oft überaus unwillkommen sein, wenn er unterwegs von ihnen überrascht wird, und sie richten ja auch nicht selten schweres Unheil an, wenn die niederstürzende Wassermasse allzu groß wird und lokale Ueberschwemmungen veranlaßt oder das Getreide umlegt. Doch können wir unserem heimischen Klima gar nicht dankbar genug sein, daß es uns gerade in unseren wärmsten Monaten durchschnittlich auch die reichlichsten Regenfälle beschert. Wie sehr uns andere Länder, die im Sommer Regen und Gewitter gar nicht kennen oder nur äußerst selten einmal aufweisen, um diese Eigentümlichkeit unseres Klimas beneiden, vermögen wir Mitteleuropäer uns nicht leicht vorzustellen. Bezeichnend ist eine kleine Anekdote, die man von der früheren Königin Olga von Griechenland erzählt. Sie hatte viele Jahre den Sommer in Griechenland zugebracht, wo die unbarmherzige Sonnenglut nie durch Regen gelindert wird. Dann wollte sie einmal im Hochsommer in München, und während eines starken Gewitters wurde sie plötzlich von ihrer Umgebung vermisst. Man suchte nach ihr und fand sie im Park, in dem sie trotz strömenden Regen spazieren ging. Als man sie veranlassen wollte, ins Schloß zurückzukehren, erklärte sie, man müsse sie doch nicht in ihrer „An-dacht“ stören! Hier ist vollkommen treffend die Erkenntnis ausgedrückt, ein wie unendlich großer Segen diese sommerlichen Gewitterregen sind.

Erwünscht sind dabei die stundenlang niedergehenden sogenannten „Landregen“, die nicht selten auf ein Gewitter zu folgen pflegen. Gerade der gleichmäßige, ausgiebige und doch nicht allzu sturzartig gehäufte Niederschlag dieser Landregen ist ein Geschenk der Natur, wie es segensreicher nicht gedacht werden kann, mag dabei auch gar manches sommerliche Vergnügen ein trüblich-feuchtes Ende finden. Während des Gewitters ist die Gefahr, daß mehr Schaden als Nutzen angerichtet wird, nicht eben gering. Wolkenbruchartiger Sturzregen, der nicht selten mit ihm verbundene Hagel, Gewittersturm, Windhosen, Blitzschläge, sie alle bergen Gefahren nicht nur für Leib und Leben von Mensch und Vieh, sondern auch für die Arbeit des Landmannes in sich. Zumal in gebirgigen Gegenden können durch solche Gewitterwolkenbrüche gelegentlich ganz gewaltige Ueberschwemmungskatastrophen entstehen, die örtlich nicht eben ausgezehnt zu sein pflegen, aber oft Hunderte von Menschenleben gefodert und ganze Dörfer völlig vernichtet haben. Die Erinnerung an solche Vorkommnisse haftet zumweilen jahrhundertlang im Gedächtnis der Menschen. Noch heute spricht man in Thüringen von der großen „Thüringer Sintflut“ des 29. Mai 1613. In unserem Jahrhundert haben zum Beispiel ähnliche Katastrophen das Ahrtal am 13. Juni 1910 und (wie wohl noch erinnerlich) das Gottsche-Tal oberhalb Pirna am 8. und 9. Juli 1927 betroffen.

Es ist eigenartig, daß in manchen Jahren die auftretenden Gewitter auffällig oft die Tendenz haben, zu bedeutenden Katastrophen auszuarten. So waren die beiden Sommer 1926 und 1927 durch eine merkwürdig große Zahl von Gewitterkatastrophen in Deutschland ausgezeichnet, während die beiden nachfolgenden Jahre 1928 und 1929 ihrer nur eine kleine Zahl brachten. Der Grund dieser verschiedenen Haltung der einzelnen Sommer ist bisher nicht klar. Eine ehemalige Hauptgefahr der Gewitter ist freilich vom menschlichen Geiste ganz bedeutend eingeschränkt worden. Zündende Blitzschläge nämlich haben bei weitem nicht mehr die Bedeutung wie früher. Gewiß kommen sie noch alljährlich vor bei strohgedeckten Ställen, Getreidemieten usw. Aber so gewaltige Brandkatastrophen infolge von Blitzschlag, wie sie uns etwa Schiller in seiner „Glocke“ schildert, oder noch ungeheuer, wie sie im Mittelalter gelegentlich ganze Städte in Asche legte, Pulvertürme zur Explosion gebracht und Hunderte von Menschenleben vernichtet haben, sind heute in den Kulturländern als ausgeschlossen zu betrachten. In den modernen Städten stehen die Brände, die auf einen Blitzschlag als Ursache zurückgehen, seit langem sozusagen auf der Aussterbeliste, während zum Beispiel noch vor 200 Jahren, am 29. Mai 1730, in Berlin 44 Häuser durch einen Blitzschlag in den Petrikirchturn niederbrannten. Heute kann nur bei ungewöhnlicher oder gar fehlender Blitzableiteranlage auf besonders exponierten Gebäuden in Städten gelegentlich noch ein Brand entstehen, wie es die Danziger Katharinentirche am 3. Juli 1905 zu ihrem Schaden erfuhr, auf der man aus „Ersparnisgründen“ unterlassen hatte, eine ordentliche Blitzableiteranlage anzubringen; Blitzableiter und Steinbau haben uns von einer der größten Gewittergefahren aller Zeit nahezu befreit, und so können wir denn wohl behaupten, daß die moderne Technik und Architektur erheblich dazu beigetragen haben, daß die legendären Begleiterscheinungen der Sommergewitter stets deutlicher in den Vordergrund treten, während die verderblichen eingeschränkt werden.

# Tollheiten des Erfindergeistes

Wie eng das Große neben dem Väterlichen wohnt, sieht man wohl nirgends klarer als in der Geschichte der Erfindungen. Wie viele geniale Gedanken des Menschengeistes sind zunächst verspottet und verlacht worden, um erst von späteren Geschlechtern in ihrer Bedeutung erkannt zu werden! Aber solche nachher gerechtfertigten Kühnheiten sind sehr selten gegenüber den phantastischen Plänen, mit denen alle Patentämter überhäuft werden und die nichts weiter sind als bunte Seifenblasen, an denen sich toller Menschengeist erfreut.

Der englische Gelehrte Prof. W. W. Low, der eine Autorität in allen Patentfragen ist, führt in einer Londoner Zeitschrift einige bezeichnende Beispiele der neuesten Ausgebirten der Erfinderverphantasie an. Er berichtet, daß die wissenschaftlich interessierten Laien sich in der letzten Zeit besonders heftig mit dem Raketenproblem beschäftigt haben und daß diese Krönung durch die Erfolge Professor Piccards noch sehr verstärkt worden ist. Die abenteuerlichsten Ideen für die Herstellung von Raketen werden eingekauft. Solche Erfindungen sind aber doch verhältnismäßig vernünftig gegenüber anderen Plänen, die allen Ernstes ausgearbeitet werden. „Vor einiger Zeit“, schreibt Low, „las ein Mann einen Aufsatz, in dem ich erwähnt hatte, daß unnötiger Värm eine große Kraftverschwendung bedeute. Dieser Gedanke ließ ihn nicht los, und er arbeitete eine Idee aus, nach der die Räder der Abgeordneten im Unterhaus dazu verwendet werden sollten, mit mit dieser verschwendeten Kraft den Saal elektrisch zu beleuchten. Er konnte nicht begreifen, daß sogar der Värm eines großen Behorchers noch nicht einmal soviel Kraft hervorbringt, um ein einziges Streichholz anzuzünden. Noch phantastischer war der Vorschlag eines anderen Erfinders, der entdeckt haben wollte, daß es bestimmte Strahlen gibt, die wir nicht sehen und die durch eine Lampe ausgestrahlt werden können, die man auf dem Kopf unter dem Hut trägt. Sein Gedanke war, einen Lichtkreis um den Menschen zu verstreuen, der jeden von uns für den anderen unsichtbar macht, so daß wir keine Kleider mehr zu tragen brauchen.“

Solche Entwürfe werden den Leuten gemacht, die im übrigen geistig vollkommen gesund sind. Einige von ihnen befinden sich in angelegenen Stellungen, die viel Verstand und Geschicklichkeit be-

ansprechen, und beschäftigen sich mit den schwierigsten wissenschaftlichen Fragen. Wenn solche Leute mir ihre Erfindungen erklären, dann zeigen sie bedeutende Kenntnisse, bedienen sich gelehrter Ausdrücke und kommen doch zu Ergebnissen, über die jedes Kind lachen muß. Ein solcher Phantast war auch der Mann, der anregte, einen Tunnel nach Australien zu graben. Er hatte die Höhe im Erdinnern genau berechnet und war fest davon überzeugt, daß man, wenn man nur einmal erst tief genug ins Erdinnere eingedrungen sei, die unnötigen Flüsse der Erdoberfläche in dieses Loch leiten könne. Die Höhe im Innern würde das Wasser in Dampf verwandeln und mit diesem könnte man Maschinen heizen, die immer tiefer und tiefer durch den Erdball bohren würden.

Dieser Romanze, der alles über elektrotechnische drahtlose Detektoren genau studiert hatte, bildete sich schließlich ein, sein Gehirn funktionierte wie ein Detektor und irgendwer beinahe sein Gehirn so, daß es im Schlaf beständig an seiner großen Zehe zerre. Ich besprach den Fall mit einem Arzt und riet mit dessen Einverständnis den „Patienten“, seine Zehe mit einer dünnen Bleischicht zu umwickeln, zum Schutz gegen die Strahlen. Dadurch wurde der Mann geheilt. Wohl die tollste Idee unter vielen hunderten, die mir vorgekommen sind, war das Schiff mit einem Loch im Boden, dessen Verwendung von einem sonst klugen und geschickten Mann empfohlen wurde. Er behauptete, daß das Wasser reich genug einströmen würde, um einen Motor zu treiben, der wieder die Kraft hervorbringen sollte, das Wasser zu entfernen usw. Die überschüssige Kraft sollte zum Antrieb des Schiffes verwendet werden.

Uebersaus erfinderisch ist der Menschengeist in der Angelegenheit der Uarmisignalen. Da empfindet einer eine große Faust, die niederfällt, wenn ein Fenster geöffnet wird, ein anderer die Anbringung eines Grammophons, das selbsttätig eine Platte spielt, die das Geräusch von rennenden Menschen und bellenden Hunden wiedergibt und dadurch den Einbrecher erschrecken soll. Ein solcher Erfinder vergaube seine ganzen Ersparnisse im Werte von 12 000 Mark auf den Versuch, Beton aus Federn herzustellen, um es ganz leicht zu machen.



## 130 000 Freibadbesucher. Ein Sonntag mit stärkstem Ausflugsverkehr.

Die Zahlen, die uns die Berliner Verkehrs-Aktien-Gesellschaft über den vorgefertigten Sonntag mitteilt, sind imponant. Die Straßenbahn beförderte 1331 000, der Omnibus 403 000, die U-Bahn 456 000 Fahrgäste. Das sind zusammen 2 190 000 Personen. Weiter erwähnen wir, daß die Berliner Stadt-, Ring- und Vorortbahn (kurz S-Bahn genannt) 1,7 Millionen Fahrgäste beförderte. Nikolassee und Wannsee marschieren mit 83 000 vorne weg, dann folgen Grünau, Friedrichshagen, Rahnsdorf und Erkner im Osten, Potsdam und Brunowald im Westen. Die Freibäder stehen als Erholungstätten an der Spitze mit 130 000 Badegästen. Wannsee führt mit über 37 000, dann kommen Plögensee und Müggelsee. Wie sehr der Sonntag den Besuch steigert, beweist die Gesamtzahl der letzten Woche. Sie beträgt 354 000, während die Bäder seit ihrer Eröffnung von rund 1 675 000 Besuchern aufgesucht wurden.

Daneben verdient die riesige Besucherzahl des Zoo am „billigen Sonntag“ Erwähnung. Nicht weniger als rund 50 000 zahlende Gäste passierten neben den Dauerkarteneinhaltern die Sperren.

Die rührigen und menschenfreundlichen Arbeiter-Samariter am Tegeler See hatten allein 117 Unfälle zu betreuen.

## Tagung der Guttempler.

Seit dem 2. Juli findet in Berlin die 42. Jahresversammlung der Deutschen Guttempler-Ordens (DGG) statt. In einer Pressebesprechung umriß der Großtempel des Ordens, Genosse Prof. Dr. Streckler, die gegenwärtigen Aufgaben dieser größten deutschen — politisch neutralen — Alkoholgegnerorganisation. Vor allen Dingen wurde von ihm die Arbeit an den Alkoholkranken erwähnt, in der der Orden Vorbildliches leistet und Tausende von Menschen aus dem Trunkelnd zu tätigen Mitgliedern der menschlichen Gesellschaft mache. Wenn man den Orden so nach seiner Leistung beurteile, werde man ihm gerecht werden und die vielen falschen Vorstellungen, die über ihn verbreitet sind, zerstreuen können. — Ein Begrüßungsabend in Kroll's Festsaal zeigte die große kulturelle Bedeutung, die der Arbeit des Guttempler-Ordens zukommt. Musikalische Darbietungen umrahmten den Festvortrag Strecklers, der eine Darstellung der Kulturgeschichte in den verschiedenen philosophischen Systemen gab und daraus die Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben der Alkoholgegnerbewegung folgerte. Die befreundeten Organisationen überbrachten ihre Grüße; besonders eindrucksvoll waren dabei die Worte Adolf Damascy's, der im Wohnungselend die Ursachen sieht, die den Menschen in den Abgrund ziehen und ihn auch dem Trunkel zuführen. Trotzdem der Guttempler-Orden überall als bedeutendste deutsche Alkoholgegnerorganisation anerkannt ist, hatte es keine Behörde für notwendig gehalten, sich offiziell auf dieser Tagung vertreten zu lassen oder gar Worte der Begrüßung zu finden, die es oftmals bei Tagungen anderer Organisationen — und mögen sie noch so klein und unbedeutend sein — allgemein üblich ist. Nur die Vertreter der Krankenkassen waren anwesend. Diesen Veranstaltungen ging eine Konferenz der Mitarbeiter in der Alkoholkrankefürsorge voraus, in der über Fragen der Helferschulung und des kommenden Bewährungsgesetzes in seiner Bedeutung für die Trunksuchtbekämpfung gesprochen wurde.

## Reichsbahndirektor Neumann bleibt verurteilt. Leipzig, 6. Juli.

Das Reichsgericht hat heute durch Verwerfung der Revisionen das Urteil des Landgerichts I Berlin vom 23. Oktober 1930 bestätigt, demzufolge der Reichsbahndirektor Wilhelm Neumann zu Neubabelsberg wegen Bestechlichkeit und der frühere Inhaber eines Braunschweiger Hüttenwerks, Dr. Kämpfer, wegen aktiver Bestechung zu je zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden war. Neumann, der Beschäftigungsdegenerant im Reichsbahngeneralstab war und eine ihm nicht mehr gefallende Wohnung hatte, haite sich von Dr. Kämpfer im Jahre 1923 in Neubabelsberg ein Sechszimmer-Einfamilienhaus unter Bedingungen zur Verfügung stellen lassen, die das Gericht als ganz offensichtlich Begünstigung in Bestechungsabsicht wertete. Das Gericht hielt sich an die umfangreichen Feststellungen der Strafkammer und insbesondere auch daran, daß die beiden Angeklagten sich des Zwecks vollaus bewußt gewesen sind, der mit diesem ganz einseitigen und daher nichtigen Vertrag verfolgt wurde.

## Jugendherbergstweiche in Lüdersdorf.

In Lüdersdorf im Kreise Angermünde ist am vergangenen Sonntag, eine neue Brandenburger Jugendherberge eingeweiht worden. Nach Umbau eines der letzten in der Mark noch vorhandenen Bauenhäuser, das im vorigen Jahre vom Gau Berlin-Brandenburg des Jugendherbergverbands erworben wurde, ist für 60 Jugendliche eine Weiche entstanden. Das Haus, obwohl fast 200 Jahre alt, ist noch so gut erhalten und auch im Innern nicht verändert worden, so daß 10 Zimmer als Schlafräume verwendet werden können. Der Boden enthält außerdem ein Notlager für weitere 60 Wanderer. Da die Herberge heimatländlichen Zwecken dienen soll, ist auch eine alte Bauernstube mit Spinnraden usw. erhalten worden. Für Anschrift, Hausordnung und alte

Märkische Sinnsprüche in den Tagesräumen ist ebenso wie für den Namen „Das Löwingshaus“ die plattdeutsche Ausdrucksweise gewählt worden. Stadtrat Genosse Schneider hielt die Begrüßungsansprache, Landesdirektor der Provinz Brandenburg, Dr. Smart, hielt die Weherede, Namens der sozialistischen Jugendverbände, Arbeiterjugend, Gewerkschaftsjugend und der Arbeitersportler dankte Genosse Wöllner allen Förderern der neuen Herberge.

## Wintergarten im Hochsommer.

Früher hieß es Ziehharmonika oder Schifferklavier, heute vornehmstremd Akkordeon. Zehn solche Akkordeons marschieren mit den 10 holländischen Brox auf und vollführen ein gewaltiges Getöse, das den weiten Raum des Wintergartens vollkommen füllt. Und da sie die letzte Nummer im Programm sind und dem Publikum sehr gut gefallen und das Publikum ihnen so gut gefällt, geben sie ein Stück nach dem anderen zu. Die ungarische Cervantes Truppe hingegen schießt den Pfeil ab: Doppel-Schleuderbreit, dreifache Salti mit verbundenen Augen und alles absolut sicher, eine bravouröse Leistung. Nicht minder gut die vier Rhythys, deren vorzügliche Kunst und gymnastische Scherze sich um ein Stelbredanken. Ein spindeldürrer Gummimann und ein glänzend arbeitender Exentriker sorgen dafür, daß einem das Freudenwasser aus den Augen läuft. Johanns Tiere scheinen wirklich miteinander zu spielen: Zwei schneeweiße Abkömmlinge des Rechenhundes Logo und eine Schaar lustiger Affen vollführen tolle Altorria. Auch Emil Blumes beide Puppen üben sich, dank ihrem Herren und vorzüglichen Bauchredner, in allerhand lustigem Schma. Kunst ist leider ein Beispiel dafür, daß ein an sich guter Grottestänker keinen Kontakt mit dem Publikum gewinnt. Mary, Eil und Paul tanzen elegant und eindrucksvoll Tango und Menuett auf Rollschuhen. Die weichen, schmeichelnden Tangomelodien verlocken geradezu zum Rollschuh und seinem lautlosen schwebenden Gleiten. In Kokos- und Biedermeierstänzen zeigen die Künstler prächtige Kostüme. Eugenie Edwardowa tanzte vor vielen Jahren im Wintergarten mit der Anna Pawlowa, und sie tanzte damals die wilden, feurigen russischen Volks- und Charakterstänze. Ihr Ballett, das sie jetzt im Wintergarten vorführt, tanzt aber ganz im alten Stil der Pawlowa: Spigentanz. In einer Blumen-Symphonie und im Rosenkavalier wurden hübsche Tanzbilder ohne besondere Eigenart geboten und es war bemerkenswert, daß die zur Gymnastik neigenden Biere: Ein hübsches Spigentänzerin, beim Publikum am meisten gefiel. Sehr hübsch war indessen der „Tanz der Hamburger Zimmerleute“ von Geri Costner und Wlasei Frank, die, wenn sie weiter an sich arbeiten, etwas aus sich machen können.

## Martin Berger 60 Jahre.

Heute vollendet Genosse Martin Berger sein 60. Lebensjahr. Er ist als Schöpfer der ersten proletarischen Filme bekannt geworden. Die von ihm geschaffenen Filme „Schmiede“, „Freies Volk“, „Kreuzzug des Weibes“ usw. zeigten rückstichlos die Schäden der kapitalistischen Wirtschaft und den aufstrebenden Kulturwillen der modernen Arbeiterschaft. Sie erregten Aufsehen und wurden von den großkapitalistischen Filmunternehmungen bekämpft. Dem Sechzigjährigen, den schwere Krankheit und Schicksalsschläge nicht verschonten, die besten Wünsche!

## Ferienkurse der Arbeiterbildungsschule.

Die Arbeiterbildungsschule veranstaltet auch in diesem Sommer wieder drei Ferienkurse, die, wie in den vorigen Jahren, im Ferienheim der Naturfreunde „Reiherhorst“ in Klein-Körbis stattfinden. Jeder Kursus dauert eine Woche und kostet einschließlich Fahrt ab Berlin und zurück, Verpflegung, Quartier und Hörgeld 33,50 M. Die Kurse sind so gelegt, daß, wer die Möglichkeit hat, an zwei oder drei Kursen teilnehmen kann. Die Unterrichtszeit ist so bemessen, daß auch noch reichlich Zeit zur Erholung bleibt, und dazu ist im Heim selbst sowie auch in der schönen Umgebung Gelegenheit vorhanden. Anmeldungen zu den Kursen erbitten wir recht bald an unsere Adresse: Arbeiterbildungsschule, Lindenstr. 3, 2. Hof, II, Zimmer 9, gelangen zu lassen.

Es werden folgende Kurse abgehalten: 1. Kursus vom 16. bis 22. August. Lehrer: Dr. Hermann Brill-Weimar. Thema: „Das sozialdemokratische Programm“. — 2. Kursus vom 23. bis 29. August. Lehrer: Dr. Karl Alexander Darmstadt. Thema: „Der deutsche Parlamentarismus, was er ist und wie er arbeitet.“ — 3. Kursus vom 30. August bis 5. September. Lehrer: Dr. Artobij Gurland-Berlin. Thema: „Das Proletariat in der Krise“!

Heute Beilegung des Genossen Kuhfeld. Am heutigen Dienstag nachmittag um 15 Uhr wird der Polizeioberwachmeister Genosse Kuhfeld, das Opfer verheerter kommunistischer Mordgefahren, auf dem Gemeindefriedhof in der Bahnhofstraße in Pankow-Schönholz zur letzten Ruhe geleitet. Die Überführung des Toten erfolgt am gleichen Tage vom Leichenhaus in der Hannoverischen Straße um 8 Uhr früh. Der Trauerzug wird sich unter starker Begleitung durch die Schutzpolizei mit Musik und Teilnahme der nächsten Vorgesetzten nach dem Friedhof bewegen. Landtagsabgeordneter Genosse Otto Meier wird in der Kapelle, Polizeidirektor Dr. Weiß wird an der Gruft sprechen.

Der Trauerzug nimmt seinen Weg durch die Elsfasser Straße, Reinbergsweg, Kastanienallee, Schönhauser Allee, Berliner Straße, Mühlenstraße, Maximilianstraße, Brehmestraße, Schulzestraße und endet in der Bahnhofstraße.

Eine Million Male in der Saale. In der Saale, der Unstrut und deren Nebengewässern wurden eine Million Male ausgesagt. Man hofft, mit dieser Wohnnahme den Fischbestand, der durch die Abwässer der Fabriken stark vermindert ist, wieder zu vergrößern.

## Allgemeine Wetterlage.



Mitteleuropa liegt immer noch im Bereich eines Gebietes gleichmäßig verteilten, aber ziemlich niedrigen Luftdruckes, während über Nordeuropa ein Hochdruckgebiet lagert. Ein Tiefdruckzentrum befindet sich über der Nordsee. Auf seiner Rückseite bringen jetzt langsam kühlere ozeanische Luftmassen unter Gemitterregen nach Osten vor. Dabei fielen in Nordwestdeutschland recht erhebliche Regenmengen. Das Gemittergebiet zieht weiter mit der Abkühlung nach Osten, so daß die Temperaturen nicht mehr die Werte der letzten Tage, die vielfach 30 Grad betragen, erreichen dürften.

Wetterausichten für Berlin. Nach Gewittern etwas kühler und wolkig mit Neigung zu einzelnen Schauern, Winddrehung nach westlichen Richtungen. — Für Deutschland. Im Osten noch beständig und warm, im mittleren Teil des Reiches Übergang zu kühlerem Wetter mit verbreiteten Gemitterregen, im Westen veränderlich mit einzelnen Schauern, am Tage mäßig warm.

## Vorträge, Vereine und Versammlungen.

**Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.**  
 Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Sebalienstr. 27-28, Hof 2, 2. Etage. **Gaustand.** Alle bei der RBB, beschäftigten Kameraden erwidern Dienstag, 7. Juli, um 20 Uhr, bei Deiters, Meyer Straße 40, Franzlauer Allee, Mitgliedsbuch und Jahrausweis legitimiert. **Charlottenburg.** Kameradschaft Gauigart. Mitgliederversammlung bei Bratel, Kollers-Friedrich-Straße 68. Referent: Kam. Hubertus Prinz zu Löwenstein: „Gaustrife und Reichsbanner“. **Wilmersdorf.** 19.30 Uhr alle gemeindeten Redakteure mit Häbern auf dem Schloßpark, Uppslüssen, Uebung. **Pankow.** 19.30 Uhr Kameradschaftsversammlungen fallen heute für den Monat Juli aus. — **Antreten sämtlicher arbeitenden Kameraden 14 Uhr** Wartplatz Pankow, Uniform, schwarzer Schläp. **Wilmersdorf.** 19.30 Uhr. **8. Juli, 19.30 Uhr.** außerordentliche Mitgliederversammlung des Jungbauern in der Bibliothek, Weichselstraße 2. **Tiergarten.** 2 Kameradschaft. Sonntag, 12. Juli, Sommerfest nach Hohannesdort. **Schlüter** 9 Uhr, **Golzlarstraße.** Jahrespreis 1 M., Erwerbssale 5 M. **Reinickendorf.** Kameradschaft **Hermesdorf.** Mittwoch, 8. Juli, 10 Uhr, Urnenbeilegung des Kameraden **Hies** 10 auf dem Friedhof Bernsdorf. 15.30 Uhr Antreten sämtlicher freien Kameraden.

**Jugendverband der Arbeitssinnlichen und Wirtinnen Deutschlands.** Gau Groß-Berlin, Geschäftsstelle: Berlin W. 37, Bülowstraße 49, r. Hof, 1. Dienstag, 7. Juli, Charlottenburg, Lokal Gröbe, Rauchstraße 51, nachm. 6 Uhr, Ref.: Kollegin Doer. **Tiergarten** 1. Armenius-Fest. **Bremer Straße** 74, nachm. 3 Uhr. **Kohndorf.** Lokal Bettes, Tordiplan 10, vorm. 10.15 Uhr, Ref.: Kollegin Haas. **Weißensee.** Schulhaus, Weichselstraße 42, nachm. 4 Uhr, Ref.: Kollege Gausleiter Helig. **Oberbaumweide.** Lokal Berinskaule, Frl. H. G. Gausleiter, nachm. 6 Uhr, Ref.: Kollege Rudolf Rarthen. **Friedrichshagen.** Stadttheater, Fiedrichstraße 112, nachm. 4 Uhr, Ref.: Kollege Wirtz. **Schlüter.** Lokal Schildekauer, Bismarckstraße 74, nachm. 7 Uhr. **Tempelhof.** Lokal Finger, Tierstraße 30, nachm. 6 Uhr. **Reinickendorf.** Lokal Albert, Mühlstraße 27, Gde. Weichselstraße, nachm. 5 Uhr. **Pankow.** Lokal Schumanns Festzelt, Keller-Wilhelm-Straße, Ref.: Kollege Füllbach.

Der Hausbau von heute stellt an die Hausfrau besonders hohe Anforderungen, kann das Sparprogramm macht auch vor der Küche nicht halt, und es heißt mehr denn je „auskommen mit den vorhandenen Mitteln“. Als nahtre Freunde erweitern sich auch jetzt die bewährten Waggel-Dringnisse (Wärgel, Suppen und Fleischbrühwürfel). Die Hausfrau, die sie verwendet, spart Geld, Zeit und Arbeit.

Wenn man so wie Schmeling liegt, so ist das nicht Kraft und Geschicklichkeit allein. Ein jeder Sportmann weiß, daß alles dies nichts nützt, wenn nicht geistige Ueberlegenheit vorhanden ist. Erfassen der Situation ist Vorbedingung jeden Erfolgs, sei es auf sportlichem, sei es auf kaufmännischem Gebiete. Wenn von den vielen Zeitfressern, die man Tag für Tag verbraucht, einer besonders begünstigten Wiederhall bei der Rührerschaft hat, so ist hier schon der Beweis des Herausragens aus der Menge. Preisfelles haben z. B. die **Kreuzer-Zigaretten-Werke** mit ihren berühmten **Inhaber-Zigaretten** nicht nur, genau wie im Sport, durch Kraft und Geschicklichkeit, sondern vor allem durch das Erfassen der Situation ihren aufsehenerregenden Erfolg erzielt. Eine so herausragende rein Uebersee-Zigarette wie die **Kreuzer Inhaber** für 10 Pf. zu bringen, ist ein richtiges Begreifen wirtschaftlicher Zusammenhänge.

Vorkriegspreis!

**6 zu 208**

und sogar!

# KÖNIGIN VON SABA

## echte GARBÁTY ohne Mundstück



Beginn aller Veranstaltungen 19 1/2 Uhr, sofern keine besondere Zeitangabe!

Heute, Dienstag, 7. Juli:

- 7. Kreis. Die Abteilungsleiter werden aufgefordert, bis heute Abend die...

Mitgliederveranstaltungen und Zahlende am Mittwoch, 8. Juli, in nachstehenden Lokalen:

- 2. Wkt. Lokala, Bräutigam, 16, Rufe Köhler, M. d. 2.

- 33. Wkt. Zahlende in den bekannten Lokalen.

- 138. Wkt. Mitgliederversammlung im Juli 1931 aus.

Frauenveranstaltungen.

- 120. Wkt. Die Genossinnen treffen sich zum Konsumkaffee...

Bezirksauschuss für Arbeiterwohlfahrt.

4. Kreis. Die Bestätigung des Altersheims Schönholz muß aus technischen Gründen verschoben werden.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin.

Die Sammlung für das Festlager der Kinderfreunde ist beendet.

Gruppe Tempelhof. Dienstag, 7. Juli, nachm. 17-19 Uhr, spielen alle Gruppen...

Gruppe Köpenick. Heute kommen die Jungen aller Gruppen auf der Wiese...

Gruppe Köpenick. Mittwoch, 8. Juli, 14 Uhr, Bahnhof Köpenick, zum Konsumkaffee...

Gruppe Köpenick. Donnerstag, 9. Juli, Treffpunkt 14 Uhr...

Gruppe Köpenick. Freitag, 10. Juli, Treffpunkt 14 Uhr...

Gruppe Köpenick. Samstag, 11. Juli, Treffpunkt 14 Uhr...

Gruppe Köpenick. Sonntag, 12. Juli, Treffpunkt 14 Uhr...

Gruppe Köpenick. Montag, 13. Juli, Treffpunkt 14 Uhr...

Gruppe Köpenick. Dienstag, 14. Juli, Treffpunkt 14 Uhr...

Gruppe Köpenick. Mittwoch, 15. Juli, Treffpunkt 14 Uhr...

Gruppe Köpenick. Donnerstag, 16. Juli, Treffpunkt 14 Uhr...

Gruppe Köpenick. Freitag, 17. Juli, Treffpunkt 14 Uhr...

Gruppe Köpenick. Samstag, 18. Juli, Treffpunkt 14 Uhr...

Gruppe Köpenick. Sonntag, 19. Juli, Treffpunkt 14 Uhr...

Gruppe Köpenick. Montag, 20. Juli, Treffpunkt 14 Uhr...

Gruppe Köpenick. Dienstag, 21. Juli, Treffpunkt 14 Uhr...

Gruppe Köpenick. Mittwoch, 22. Juli, Treffpunkt 14 Uhr...

Gruppe Köpenick. Donnerstag, 23. Juli, Treffpunkt 14 Uhr...

Gruppe Köpenick. Freitag, 24. Juli, Treffpunkt 14 Uhr...

Gruppe Köpenick. Samstag, 25. Juli, Treffpunkt 14 Uhr...

Gruppe Köpenick. Sonntag, 26. Juli, Treffpunkt 14 Uhr...

Gruppe Köpenick. Montag, 27. Juli, Treffpunkt 14 Uhr...

Gruppe Köpenick. Dienstag, 28. Juli, Treffpunkt 14 Uhr...

Gruppe Köpenick. Mittwoch, 29. Juli, Treffpunkt 14 Uhr...

Gruppe Köpenick. Donnerstag, 30. Juli, Treffpunkt 14 Uhr...

Gruppe Köpenick. Freitag, 31. Juli, Treffpunkt 14 Uhr...

Gruppe Köpenick. Samstag, 1. August, Treffpunkt 14 Uhr...

Gruppe Köpenick. Sonntag, 2. August, Treffpunkt 14 Uhr...

Gruppe Köpenick. Montag, 3. August, Treffpunkt 14 Uhr...

Gruppe Köpenick. Dienstag, 4. August, Treffpunkt 14 Uhr...

Gruppe Köpenick. Mittwoch, 5. August, Treffpunkt 14 Uhr...

Gruppe Köpenick. Donnerstag, 6. August, Treffpunkt 14 Uhr...

Gruppe Köpenick. Freitag, 7. August, Treffpunkt 14 Uhr...

Gruppe Köpenick. Samstag, 8. August, Treffpunkt 14 Uhr...

Gruppe Köpenick. Sonntag, 9. August, Treffpunkt 14 Uhr...

Gruppe Köpenick. Montag, 10. August, Treffpunkt 14 Uhr...

Gruppe Köpenick. Dienstag, 11. August, Treffpunkt 14 Uhr...

Gruppe Köpenick. Mittwoch, 12. August, Treffpunkt 14 Uhr...

Gruppe Köpenick. Donnerstag, 13. August, Treffpunkt 14 Uhr...

Theater, Lichtspiele usw.

Staatstheater Geschlossen.

Winter Garden. 8.15 Uhr Flora 3434

Deutsches Theater. Morgen zum 125. Male

Die Komödie der Irrungen

Der Hauptmann von Köpenick

Die Komödie

Der Mann des Schicksals

Die Komödie der Irrungen

Die Komödie der Irrungen

Die Komödie der Irrungen

Rose-Garten. Wochentags 5.30 Uhr

Rosenfest mit Lotte Werkmeister

„Unter der blühenden Linde“

ROSE THEATER

Carl de Vogt in „Der Herr mit dem Fragezeichen“

Der gute Kapitän-Kaufabak

Inden Kreisen

Inden Kreisen

Inden Kreisen

Inden Kreisen

Inden Kreisen

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Todesanzeige Paul Schubert

Nachruf Paul Kämmerer

Parteilosen und Republikaner

Parteilosen und Republikaner

Parteilosen und Republikaner

Parteilosen und Republikaner

Parteilosen und Republikaner

Parteilosen und Republikaner

Parteilosen und Republikaner

Parteilosen und Republikaner

KLEINE ANZEIGEN

Preis: Überschriftswort 25 Pf., Textwort 12 Pf.

Verkaufte

Verkaufte

Verkaufte

Verkaufte

Verkaufte

Verkaufte

Verkaufte

Verkaufte

Verkaufte



# Ungeförte Hege.

Wilt das Republikshuggesetz in Württemberg?

Stuttgart, 6. Juli. (Eigenbericht.)

In dem Schwarzwälder Uhrmacherstädtchen Schramberg erscheint seit kurzem ein nationalsozialistisches Heftblättchen, das mit der Schreibmaschine geschrieben und dann vervielfältigt wird. Es ist betitelt: „Schramberger Naziblatt“. Verantwortlich zeichnet ein Otto Hils in Schramberg, der nach manchen Leistungen seines Blattes unmittelbar dem Narrenhaus entspringen sein könnte. So erschien dort dieser Tage folgender Erguß:

„Massetimmeln! Proletarier aller Länder vereinigt euch! So posante der Jude Marx schon vor fünfzig Jahren in die Welt hinaus. In Massen strömten sie zusammen: Polen, Russen, galizische Juden und Libanonjäger, Bonzen, Schieber, Spekulanten, Bank- und Börsengäuner, Müllernecht, Schloffer, Sattler mit Gefellen, Inflations- und Kriegsgewinnler, Sozialdemokraten, Bolks- und Staatsparteiiler, Kommunisten und das „heilige Zentrum“; Barmat, Starek, Kufister, Hilferding, Thälmann, Heilmann, Moses, Salomon Sohn, Goldschmid, Herz, Rager, Cohn und Barendred, Streleemann, Curtius, Schiele, Dietrich, Braun, Birth und Brüning. Sie alle strömten auf den Ruf des Juden herbei und regieren seit 12 Jahren das deutsche Volk. Lauter Proletarier.“

Das Landesorgan der württembergischen Zentrumspartei bemerkt zu diesem Beweisstück für den Grad der Verblödung, den ein Hiltterjünger erreichen kann: „Wie fragen: Was tut die Staatsanwaltschaft gegenüber der Tatsache, daß führende deutsche Politiker mit Börsengäunern und Schiebern auf die gleiche Stufe gestellt werden? Mit dem Sattler und Gefellen soll wohl der verstorbene Reichspräsident Ebert, mit dem Schloffer Minister Severing, mit dem Müllernecht der verstorbene Reichskanzler Müller in die Gesellschaft der Bonzen, Schieber und Börsengäuner eingereiht werden. Wilt das Republikshuggesetz in Württemberg nicht?“

Hierzu wäre zu sagen, daß die maßgebenden Herren der württembergischen Regierung zur Anwendung des Republikshuggesetzes und der Notverordnung des Reichspräsidenten gegen das Rowdgytum die Zentrumsmminister Holz und Bergerle sind.

# Sakentkreuzmörder geflüchtet.

Er hat noch 3 Jahre Gefängnis zu verbüßen.

Jürfenwalde, 6. Juli. (Eigenbericht.)

Der nationalsozialistische Bäder Alfred Lauer, der wegen Ermordung des Kommunisten Jopp vom Schwurgericht Frankfurt a. M. im Juli vorigen Jahres zu einer vierjährigen Gefängnisstrafe verurteilt worden war, verbüßte diese Strafe in der Strafanstalt Tegel. Im Juni dieses Jahres verstarb seine Mutter und Lauer erhielt zur Teilnahme an der Beerdigung einen dreitägigen Urlaub, dem noch ein weiterer Nachurlaub von 5 Tagen folgte. Nach Ablauf dieser Frist hat sich Lauer nicht wieder zum Strafantritt gemeldet, sondern sich durch Flucht der Strafe entzogen.

Bei der Beurteilung des Lauer hat die Strafanstalt Tegel mit einer Belächelbarkeit gehandelt, die nicht mehr zu überbieten ist. Irgendwelche Sicherungsmassnahmen, um die Flucht des wegen Ermordung eines politischen Gegners zu vier Jahren Gefängnis verurteilten Lauer zu vereiteln, der noch den größten Teil dieser Strafe verbüßen mußte, hat sie nicht getroffen. Lauer hat sich nach seiner Beurteilung nicht sofort nach Jürfenwalde begeben, sondern in Berlin erst Verbindung mit den Nationalsozialisten aufgenommen, denn er erschien am Beerdigungstage in Begleitung Berliner Nationalsozialisten und ist nach der Beerdigung sofort wieder abgefahren. Anscheinend hat er an den beiden vorhergehenden Tagen seine Flucht mit seinen Parteigenossen besprochen und vorbereitet. Durch die Gewährung weiterer fünf Tage Urlaub ist dem Nordbuben die Durchführung seiner Flucht außerordentlich erleichtert worden. Es dürfte kein Zweifel darüber bestehen, daß Mittelsmänner der Naziartei bei der Flucht die Hand im Spiele haben — wir erinnern uns nur zu gut der Flucht der Mörder des Reichsbannerkameraden Schneider!

Lauer ist 24 Jahre alt, etwa 1,80 Meter groß, hat auffallend schmales, blaßes Gesicht mit hervorstehenden Backenknochen und schwarzes gelocktes Haar. Es wird Aufgabe der Aufsichtsbehörden sein, die Strafanstalt Tegel von dem Verdacht zu reinigen, daß für schändliche Mörder sich federleicht die Gefängnistore öffnen.

# Stahlhelmfrechheit in Bayern.

Und eine richtige Antwort.

München, 6. Juli.

Der Führer des bayerischen Stahlhelm, Oberst a. D. Leng, hat wegen des Uniformverbots in München an das bayerische Staatsministerium des Innern ein Schreiben gerichtet, in welchem dagegen Protest erhoben wurde, daß zwei infanterie auswärts kommende Angehörige des Stahlhelm, die ihre Abzeichen zur bürgerlichen Kleidung trugen, von einem Kriminalkommissar festgenommen und, obwohl sie keinen Widerstand leisteten, abgeführt wurden. In dem Schreiben wird weiter gesagt, daß sich der Führer des bayerischen Stahlhelm in den allernächsten Tagen vorbehält, falls die notwendige, der Ehre des Stahlhelms schuldige Abänderung der Verfügung der Münchener Polizeidirektion nicht getroffen sei, in der großen Stahlhelmzeitung und in anderen Organen der reichsdeutschen Presse seine Kameraden aus dem Reich vor dem Betreten Münchens zu warnen.

Der Staatsminister des Innern Dr. Stübel hat darauf mitgeteilt, daß er diese Zuschrift des Führers des bayerischen Stahlhelms und die Abschrift seiner eigenen Antwort der Presse übermitteln werde, damit die Öffentlichkeit Kenntnis von dieser Zuschrift erhalte und sich selbst ein Urteil über dieses Vorgehen bilden könne. Er, der Minister, seinerseits lehne mit Rücksicht auf die in dem Schreiben enthaltene Drohung jede weitere Antwort ab.

In Posen kam es anlässlich der Enthüllung des Wilson-Denkmal zu großen Kundgebungen der polnischen Jugendverbände. Auf den Straßen formierten sich Umzüge, die vor das Hotel „Bazar“ und dann das alte kaiserliche Schloss zogen, um Hochrufe auf Paderewski, Frau Wilson und den General Haller auszubringen. Auf einer Zusammenkunft der großpolnischen Sozialvereine begrüßten die Menschenmassen besonders lebhaft die nationaldemokratischen Führer: Karjantj wurde stürmisch gestieert. Ein Umzug, der durch die Stadt erfolgte, zeigte Hunderte von Fahnen delegationen in Sozialuniform und in den blauen Uniformen der Hallersoldaten. Als Karjantj im Bogen erschien, erschollen Hochrufe auf ihn, Paderewski, Danonki und Haller.

# Wo sitzen die Provokateure?

Kommunistische Hege vom Schreibtisch aus. — Wie man zur Gewalttat anruft.

Vor uns liegt eine der Straßenzeitschriften der Kommunisten mit dem Titel „Rund um den Brunnenplatz, Organ der Werttätigen“. Die Titelseite zeigt eine Zeichnung mit der Ueberschrift „Notverordnung — Folge Unruhen“. Man sieht darauf, wie der Motor eines Polizeiwagens in die Luft gesprengt wird und wie ein Polizist von zwei Leuten zu Boden geschlagen wird. Der Text enthält zunächst eine Hege gegen den Polizeihauptmann Lindigkeit: „Wir werden bei der nächsten Gelegenheit dieser Schwulen und trummbeinigen Gestalt eine proletarische Abreibung zu-

Ebenso wird zur Gewalttat aufgefordert gegen einen mit Namen und Adresse genannten sozialdemokratischen Hausverwalter:

„Sollen sich die Mieter alles gefallen lassen von solchen Burtschen, die denken, das Haus zu terrorisieren. Hausbewohner, dußet es nicht, weist diesen Verwalter in seine Schranken und gebt ihm eine proletarische Abreibung. Einer von der Ferne.“

Die Unterschrift ist echter als man glaubt! Die Provokateure, die diese Gewalthege betreiben, halten sich in der Ferne, wenn es die Verantwortung gilt.

Weiterhin wird in dieser Straßenzeitschrift ein Prozeß beschrieben, der sich mit der Plünderung von Lebensmittel-läden am 3. Juni beschäftigt. Man liest darin:

„Ein paar vollgefressene Schöffen... Der Krimi ein ganz dämliches Schwein.“

Dann folgt abermals Gewalthege gegen einen Zeugen. Es wird der Name und die Adresse des Zeugen genannt und seine Arbeitsstelle. (Es ist ein Angestellter in einem der geplünderten Läden.) Er wird Lump und Idiot genannt, Lump und Denunziant. Dann heißt es:

„Diesen Denunziant empfehlen wir der besonderen Aufmerksamkeit der werttätigen Bevölkerung des Webdings. Jagt diesen Hund, daß er kein Ende findet.“

Weiterhin wird der Versuch gemacht, Zusammenstöße und Plünderungen zu provozieren:

„Kein Staat, kein Polizist, kein Gericht kann die hungernden Erwerbslosen davon abhalten, sich dort das Lebensnotwendige zu holen, wo es zu Bergen aufgestapelt verkauft. Die Arbeitslosen fürchten sich nicht vor den gezogenen Parabeln des Polizist.“

Zum Schluß folgt eine Betrachtung über den Leipziger Parteitag der Sozialdemokratie, der als Parteitag des Arbeiterverrats bezeichnet wird.

Auf derselben Seite, auf der zu Plünderungen aufgefordert wird, steht groß plakativ:

„Prolet, dent daran, werde Mitglied der Roten Hilfe! Protestiert gegen das Spartaabverbot, Bestellschein für die „Rote Fahne“, Ausnahmechein für die R.P.D. abzugeben in der Welt am Abend, Expedition, Hochstraße, Abonnementpreis Woche 70 Pf. Arbeitslose pro Woche 10 Pf. Beitrag, Soldarbeiter 40 Pf. Beitrag.“

Derartige Heftblätter werden systematisch von kommunistischen Funktionären fabriziert und vertrieben. Die kommunistische Partei hat sie geschaffen, Richtlinien für ihre Herstellung, für ihre Technik aufgestellt. Sie hat die Auswahl von Funktionären für ihre Herstellung angeordnet. Jeder Versuch, sie abzuschütteln, ist eine erbärmliche Nottüge. Die Verantwortlichen, die die Rotleidenden vor die Pistolen der Polizei treiben wollen, sitzen in der Leitung der kommunistischen Partei.

# Der Unstifter

Ein Flugblatt des K.P.D. fordert zu Lebensplünderungen und gewaltsamen Vorgehen gegen die Schupo auf.



kommen lassen. Aber wir sagen jetzt schon, diese Abreibung wird etwas besser ausfallen wie die, welche der Hauptmann von der Ufer-Wache (Hauptmann von Knobelsdorf) erhalten hat. Wir Proleten sind nicht gemüht, noch länger sich von einer durch unsere Steuergroßhosen fettgemachten Polizeihüne noch weiter schikanieren zu lassen.“

# Keine Verschiebung der Preußenwahl.

Ein Märchen der Verfassungsfeinde.

Die „Deutsche Zeitung“ behauptet, daß die preussische Regierung sich mit dem Plan trage, die Wahlperiode des Landtags um zwei Jahre zu verlängern, ohne die Verfassung zu beachten. Diese Behauptung ist aus den Fingern gezogen. Die preussische Regierung respektiert die Verfassung — sehr im Gegensatz zu den Leuten von der „Deutschen Zeitung“ und ihren Hintermännern.

# Kotau vor dem Reisepublikum.

Wenn die Nazis die Stimmen brauchen.

Wie war es mit den hohen Pensionen? Jahrelang konnte man in der Nazipresse lesen, daß die Bezieher der hohen Pensionen ausnahmslos „Bonzen“ seien. Dann kam der sozialdemokratische Antrag auf Pensionskürzung. Es stellte sich heraus, daß die Hauptpensionäre 120 Generale der alten Armee und 40 Minister bzw. Staatssekretäre des alten Systems waren. Da war's auf einmal still.

Wie ist es mit der Sommerreise? Sommerreisen können sich in dieser Zeit der allgemeinen Not und Arbeitslosigkeit — so las man's täglich im „Angriff“, nur sozialdemokratische Bonzen und jüdische Schieber leisten. — Bis wir am Montag auf einmal auf folgendes Köstlein im Blatte des Herrn Goebels stoßen:

Da wahrscheinlich der Volksentscheid bereits in den ersten Augusttagen stattfinden wird, machen wir alle Leute, die heute noch die spärlichen Mittel anbringen konnten, um zu verreisen, darauf aufmerksam, daß sie sich bei ihrem zuständigen Bezirkswahlamt einen Stimmschein besorgen müssen, mit dem sie dann auch in der Sommerreise zum Volksentscheid abstimmen können.

O, wie mild und bescheliden können doch die Nazis sein! „Leute, die die spärlichen Mittel anbringen konnten...“ Man darf doch um Himmelswillen nicht die Beute beleidigen, um deren Stimmen man buhlt, und man darf anderseits der Deffentlichkeit eingestehen, daß gerade das wohlhabende Reisepublikum, das den Park- und Ostseestrand mit schwarzweißroten Wimpeln besät, die Kerntruppe der Hugenberg und Hilfer bildet. Darum: „Spärliche Mittel...“

# Die Polizei hat keine Provokateure.

Ein Ablenkungsmanöver der „Roten Fahne“.

Der Polizeipräsident teilt mit: In ihrer Sonntagsausgabe hat die „Rote Fahne“ die Behauptung aufgestellt, daß die Berliner Polizeibehörde bewaffnete Polizeiprovokateure zu Demonstrationen entsende. An dieser Behauptung ist kein wahres Wort. Wichtig ist, daß von jeder an kritischen Tagen neben Beamten der politischen Polizei auch in Zivil befindliche Schuppolizeibeamte entsandt werden, um die übrigen Polizeikräfte in ihrer Tätigkeit zu unterstützen. Eine derartige Praxis wird nicht nur bei politischen, sondern bei allen in Frage kommenden Anlässen befolgt.

Im vorliegenden Falle war den leitenden Polizeistellen ein beabsichtigter Ueberfall auf Lebensmittelgeschäfte und öffentliche Gebäude bekannt geworden. Neben den dazu eingesetzten Beamten der politischen Polizei wurden wie üblich auch Beamte der uniformierten Polizei in Zivil entsandt. Zu diesem Zweck haben sich

die Beamten auftragsgemäß in Zivilkleidung unter die Demonstranten gemischt und sind dann, als es zur Begehung von Straftaten kam, sofort eingeschritten. Sie haben mit der Pistole in der Hand versucht, einige Festnahmen durchzuführen, was ihnen infolge der großen Uebermacht der Demonstranten nicht sofort gelang. Da sie hierbei mit großer Unerfrohenheit und Ueberlegung unter Einsatz des Lebens ihre gefährvolle Pflicht erfüllten, wurden sie unmittelbar nach dem Ereignis von ihrem Vorgesetzten für eine Belohnung vorgeschlagen.

An irgendeiner strafbaren Handlung der Demonstrationen haben die Beamten selbstverständlich nicht teilgenommen und haben auch niemals etwas Derartiges vor Gericht ausgelegt.

# Koststandsprogramm für den Oberharz.

Beschlüsse des Hauptausschusses des preussischen Landtags.

Der Hauptausschuß des Preussischen Landtages beschäftigte sich am Montag zunächst mit einem Antrag Salbau (Dt. Frakt.) auf Schadloshaltung des Provinzialverbandes Ostpreußen für das an Polen übergegangene Eigentum des Provinzialverbandes Westpreußen und die Bereitstellung von Mitteln zur Weiterführung des Baus einer neuen Provinzialheil- und Pflegeanstalt. Auf Vorschlag des Berichterstatters Dr. Steffens (D. Volksp.) wurde der Antrag durch die nunmehr erfolgte Regelung für erledigt erklärt, wonach Reich und Staat 3 Millionen in jährlichen Raten von einer Million für den Weiterbau der Anstalt zur Verfügung stellen. Ferner wird das Staatsministerium ersucht, nachträglich die Einrichtung eines besonderen Gutshofes für die Pflegeanstalt zu gestatten und Mittel dafür bereitzustellen. — Der Ausschuß beschäftigte sich sodann mit dem Antrag Winger (Soz.) über die Aufstellung eines Koststandsprogramms für den Oberharz. In dem Antrag wird auf einen im Landtag im Jahre 1930 angenommenen Entschleunigungsantrag verwiesen, wonach anlässlich der nicht zu umgehenden Stilllegung der Berginspektion Clausthal mit Beschleunigung ein Koststandsprogramm ausgearbeitet werden sollte, das zum Zweck hat, der einheimischen Arbeiterschaft dauernde Beschäftigung zu sichern und die beteiligten Gemeinden vor dem Zusammenbruch zu bewahren. Der Antrag macht aufmerksam auf die Folgen der Stilllegung der Aufbereitungsanlage der Grube Bergwerkswohlfahrt in Clausthal-Zellerfeld und fordert die nunmehrige umgehende Ausarbeitung eines Koststandsprogramms, das die erforderlichen Geldmittel zur Durchführung der Hilfe für den Oberharz bereitstellt. Mit der Beratung verbunden wurde der Antrag Barteld-Hannover (Staatspartei), wonach spätestens durch den Haushalt für 1932 die Mittel für den Bau eines Bergmännischen Instituts bei der Bergakademie in Clausthal-Zellerfeld bereitgestellt werden sollen.

Die Anträge wurden angenommen. Annahme fand auch ein weiterer Ergänzungsantrag Seiner (Soz.) auf Förderung des Ausbaus sanitärer Anlagen, der Kanalisation, ferner von Wasserleitungen und Straßen sowie der Verantwortung landwirtschaftlicher Produkte, ferner auf Förderung des Fremdenverkehrs, des Wintersports und der einzelnen Gewerbezweige in den Gebieten des Oberharzes. Das Staatsministerium soll nach dem angenommenen sozialdemokratischen Antrag ersucht werden, die Mittel zur Anwendung der Kotlage im Oberharz in gleicher Weise zu beschaffen wie für andere Koststandsgebiete und dem Landtage jährlich über die getroffenen Maßnahmen zu berichten. Hinsichtlich der Werke in Lautenthal fand Annahme der Antrag Riedel (Staatsp.), wonach, entgegen der geplanten nötigen Stilllegung dieser Werke, die im Berghaushalt für Durchforschung Preußens nach Bodenschätzen vorgesehenen Mittel zu Arbeiten zu verwenden sind, die der Erforschung tiefer gelegener Erzkorkommen im Lautenthal dienen.



